

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinland, Ostpreußen, Litauen, Luxemburg 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Gedanken und Kleinigkeiten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Fremdenbeilage „Fremdenstimmen“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Mittwoch, den 24. Februar 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Vollständiger: Berlin 27 234. - Kontokonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Wallstr. 65; Disconto-Gesellschaft, Besonnenstraße 2.

Anzeigenpreise: Die einseitige Raumverleihe 80 Pfennig. Reklameweile 6.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 20 Pfennig (außer zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Erstausgabe das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften. Gegenwartsaufgaben der deutschen Wirtschaftspolitik.

Die lebhaften Auseinandersetzungen über den Verlauf der Wirtschaftskrise haben sich zu einer Fülle von Denkschriften und Einzelvorschlägen verdichtet. Nachdem erst vor einigen Tagen die Regierung durch den Mund von vier Ministern ihr Wirtschaftsprogramm dem Reichstag mitgeteilt hat, nachdem bereits am Jahreschluss der Reichsverband der deutschen Industrie eine umfangreiche Denkschrift veröffentlicht hat, legen nunmehr die freien Gewerkschaften (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner freier Angestelltenbund, Allgemeiner Deutscher Beamtenbund) ihre Ansichten über die „Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik“ der Öffentlichkeit dar. Die Einleitung dieser Denkschrift bringt die Begründung dieser für die künftige Wirtschaftspolitik außerordentlich wichtigen Kundgebung. Sie lautet:

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände haben immer darauf hingewiesen, daß ihre sozialpolitischen Forderungen auf das engste mit der Gestaltung der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik und mit dem Gesamtaufbau der Gütererzeugung und Güterverteilung zusammenhängen. Wir haben deshalb stets für die Arbeitnehmerschaft das Mitbestimmungsrecht auf allen Gebieten der Wirtschaftsgestaltung beansprucht und dementsprechend programmatische Forderungen für die Wirtschaftspolitik erhoben. Obgleich also unsere wesentlichen Forderungen der Öffentlichkeit nicht unbekannt sind, nehmen wir die vom Reichsverband der deutschen Industrie kürzlich veröffentlichte programmatische Denkschrift „Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik“ zum Anlaß, unsere Stellung zu den brennenden wirtschaftspolitischen Gegenwartsfragen zusammenfassend darzulegen.

Solange noch die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung besteht, wird es stets wirtschaftliche Klassen geben, die um die relative Größe ihrer Anteile am Ertrag der Arbeit gegeneinander kämpfen werden. Wir halten diese Kämpfe für unvermeidlich, weil irgendeine angeblich neutrale wissenschaftliche Verständigung in dieser Frage nicht gegeben ist.

Aber unbefehdet dieser Erkenntnis glauben auch wir, daß für die Lösung einzelner Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik die gemeinsame Arbeit aller Kreise ersprechenswert ist zum Zwecke der Überwindung der gegenwärtigen Krise und der Entfaltung der produktiven Kräfte der deutschen Wirtschaft. In diesem Sinne unterbreiten wir unsere Forderungen allen für die deutsche Wirtschaft und die deutsche Politik verantwortlichen Stellen in der Überzeugung, Wege zu weisen, auf denen die Gesundung der deutschen Wirtschaft beschleunigt und gefördert werden kann.

In der Uebersicht über Entwicklung und derzeitige Lage der deutschen Wirtschaft wird es in bewußtem Gegensatz zur Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie als Uebertreibung bezeichnet, wenn man von einer „Zerstörung der Grundlagen unserer Wirtschaft“ spreche. Die gegenwärtige Krise offenbare nur „eine ernste Störung des Produktionsprozesses, die aussehe von Störungen in der Zirkulation, von einer falschen Verwendung des Sozialprodukts“.

Während die Denkschrift des Reichsverbandes das jährliche Volkseinkommen mit 43-48 Milliarden Mark angibt, also nur mit zwei Dritteln des Vorkriegswertes, kommt die Denkschrift der freien Gewerkschaften auf Grund eingehender Berechnungen auf 52-60 Milliarden, also unter Berücksichtigung der Geldentwertung annähernd auf die Höhe der Vorkriegszeit.

Diese Schätzung wird nach der Gewerkschaftsdenkschrift bestätigt durch die

Hebung des Produktionsgrades der deutschen Wirtschaft.

die aus dem Zahlenmaterial über Brotgetreide- und Kartoffelernte, Warenumsatz, Außenhandel, Steinkohlenverbrauch usw. hervorgeht. Aus dem Unterschiede in der Schätzung des Volkseinkommens ergibt sich ein Unterschied in der Errechnung der Steuerlast, die die Industrie mit 25 bis 30 Proz., die Gewerkschaften mit nur 17 bis 21 Proz. des Volkseinkommens beziffern. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß Berechnungen des amerikanischen National Industrial Conference Board die Steuerbelastung Belgiens, Frankreichs, Italiens und Englands mit annähernd dem gleichen Prozentsatz angeben. Der Dawes-Plan wird als Fortschritt gegenüber Versailles anerkannt und der Anschluß Deutschlands an den Völkerbund als nächster Schritt auf dem Wege zur Völkerverständigung gefordert. Ohne Sicherung einer friedlichen Außenpolitik wäre jedes Wirtschaftsprogramm auf Sand gebaut.

Die Sozialpolitik des Staates.

Auf dem Gebiete der öffentlichen Finanzwirtschaft wird die Stellung des Staates nicht nur als Hüter der Rechts-

ordnung, sondern darüber hinaus als Träger sozialer Funktionen betont. Dementsprechend werden die bekannten Forderungen erhoben, wie ausreichende Besoldung der Beamten, angemessene Versorgung der Kriegswaisen, Aufrechterhaltung und Ausbau der sozialen Fürsorge und des Schulwesens, Öffnung der Steuerlisten, Abbau der Umsatzsteuer, Reform des Einkommensteuertarifs zur Entlastung der unteren Stufen, Verwendung der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau, Steuerfreiheit der öffentlichen Betriebe, Ersparnisse am Beamtenapparat der Heeres- und Marineverwaltung, Befreiung der Länder von den Fürstenabfindungen. Das allgemeine Verlangen nach Reform der öffentlichen Verwaltung mündet in einem Appell zum Einheitsstaat. Der Fortschritt in der Richtung zum Einheitsstaat ist schon aus Ersparnisgründen zu fördern.

Bei den sozialen Abgaben wird jedoch Rücksicht auf schärfste abgelehnt. Die Sozialversicherung diene dem Schutze der menschlichen Arbeitskraft und sei daher im Gegenteil ständig auszubauen. Fördere die Denkschrift der Industrie, daß die sozialen Abgaben der jeweiligen Wirtschaftslage angepaßt werden müßten, so sei demgegenüber darauf hingewiesen, daß es dem Prinzip einer Versicherung widerspreche, die Leistungen abhängig von Konjunkturen zu machen. Insbesondere wird eine Arbeitslosenversicherung verlangt.

Hoher Lohn und achtstündige Arbeitszeit

sind für die Gewerkschaften nicht nur soziale Forderungen, sondern auch der kräftigste Antrieb zur Rationalisierung. Lohn- und Preissteigerungen zwingen unrationell arbeitende Betriebe, zugunsten einer Zusammenfassung der produktiven Kräfte auszuweichen. Auch aus diesem Grunde wird daher Ausgestaltung des Tarifsystems, des Tarifrechts, des Schlichtungswesens, gesetzliche Durchführung des Achtstundentages und Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gefordert.

Im Kapitel Bank- und Kreditwesen wird es begrüßt, daß die Reichsbank die Lage des Geld- und Kapitalmarktes nicht mehr durch schematische Kreditbeschränkung, sondern durch entsprechende Handhabung des Diskontsatzes regeln will. Ein niedriger Zinssatz sei erwünscht, dürfe jedoch nicht künstlich herbeigeführt werden, da er zu unbegründeter Bevorzugung einzelner Kreditnehmer führe und dem Zwange zur Abstoßung von Warenvorräten entgegenwirke. Die Reichsbank müsse eine planmäßige Kreditverteilung nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten anstreben und mit Hilfe der öffentlichen Bankinstitute die Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen herabdrücken. - Handels-

Abbau der Zölle

auf Rohstoffe und unentbehrliche Lebensmittel sowie der Ein- und Ausfuhrverbote gefordert. Bei Handelsvertragsverhandlungen sei zu beachten, daß jede Zollermäßigung im eigensten Interesse der deutschen Wirtschaft liege.

Rationalisierung und Betriebsdemokratie.

Die Rationalisierungsfrage sei meistens mehr eine Organisations- als eine Geldfrage. Der Industriedenkschrift gegenüber wird hervorgehoben, daß die Fortschritte in Typisierung und Normung nicht vom guten Willen des Käufers, sondern von der guten Qualität und dem niedrigen Preis des Produktes bestimmt werden. Die Durchführung der Rationalisierung müsse unter Mitwirkung der Betriebs- und Wirtschaftsräte geschehen. Sie sei oft nicht eine Angelegenheit des Einzelbetriebs, sondern des Gesamtgewerbes.

In weiteren Abschnitten wird eine Produktions- und Verbrauchsstatistik, eine Reform des Kartellrechts mit Kartellaufsicht und Förderung des Genossenschaftswesens verlangt. Wir bringen an anderer Stelle Auszüge aus den wichtigsten Teilen der Denkschrift, die einen wertvollen Beitrag zur Stellung der Arbeiterschaft im Kampf um die Wirtschaftsgesundung darstellt.

Es ist zu begrüßen, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, zusammen mit den übrigen freien Gewerkschaften, die Forderungen der organisierten Arbeiterschaft gegenüber den Ansprüchen der Industrieführer mit außerordentlicher Klarheit formuliert und die Wünsche der Arbeiterschaft zur Geltung gebracht hat. Die Unternehmer sind nicht „die Wirtschaft“ schlechthin, als die sie sich so oft aufspielen. Eine Wirtschaft ohne Verbraucher und ohne Arbeitskräfte ist undenkbar. Eine verantwortliche Wirtschaftspolitik muß daher auf die Wünsche dieser großen Volksgruppen mindestens ebensosehr Rücksicht nehmen wie auf die Wünsche der zu-

fälligen Besitzer der Produktionsmittel, und das um so mehr, als gerade die Arbeiterschaft von der gegenwärtigen Krise auf das schwerste betroffen wird.

Das Programm der Gewerkschaften zeichnet sich durch eine gründliche Durcharbeitung der schwebenden Wirtschaftsprobleme aus. Es beweist, daß eine auf Senkung des Reallohns gerichtete Politik sich gegen die gesamte Wirtschaftstätigkeit des deutschen Volkes wenden muß. Es stellt zahlreiche Irrtümer richtig, die in der Beurteilung der gegenwärtigen Krise und ihrer Ursachen von den Unternehmern gemacht wurden. Keine wirtschaftliche Frage, die in der Diskussion der letzten Monate angeschnitten wurde, bleibt unberücksichtigt. Und die Kritik ist durchaus keine negative, sondern sie zeugt von dem starken Willen der Arbeiterschaft, aufbauend in den Wirtschaftsprozess einzugreifen und ihr Teil dazu beizutragen, daß die Krise so rasch als möglich überwunden wird.

Vor allem bejaht die Denkschrift die Notwendigkeit der Rationalisierung der Wirtschaft. Man kann nicht die Preise senken und die Löhne steigern wollen, ohne die durch Krieg und Inflation vernachlässigte deutsche Produktion und Warenverteilung einer gründlichen Reorganisation mit dem Ziele der allgemeinen Kostenreduzierung zu unterziehen. Grundsätzlich stimmen also hier die Gewerkschaften mit den industriellen Unternehmern überein. Eine andere Frage aber ist es bereits, welchem Ziel die notwendige Rationalisierung dienen soll. Die Unternehmer sehen in ihr allein ein Mittel, den drohenden Ruin vieler Unternehmungen abzuwehren oder den Profit zu steigern. Anders die Gewerkschaften. Diese fordern vielmehr, daß die Rationalisierung der Produktion zu einer Verbesserung der Lebenshaltung des ganzen Volkes führen soll. Sie lehnen daher den Druck auf die Löhne mit derselben Entschiedenheit ab, mit der sie die Befreiung der sozialen Abgaben zurückweisen. Die starken Gegensätze, die sich hier zwischen der Auffassung der Gewerkschaften und derjenigen der Unternehmer aufstun, sie beweisen am besten, daß und warum eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Gewerkschaften undenkbar ist. Das schließt gewiß nicht aus, daß man unter Wahrung der Gleichberechtigung - also etwa im Reichswirtschaftsrat - über die Rationalisierung und ihre Durchführung berät und nach Formen sucht, in denen die Mitwirkung der Arbeiterschaft an der Rationalisierung der Wirtschaft dem gemeinsamen Willen nutzbar gemacht wird. In den großen sozialpolitischen Fragen aber bleibt die Kluft zwischen den Anschauungen der beiden Parteien so offen wie nur je.

Es ist anzunehmen, daß die industriellen Unternehmer auf die Forderung der Gewerkschaften antworten werden. An der Art ihrer Antwort wird man erkennen, ob ihnen die Notwendigkeit, dem deutschen Volke die Lebensmöglichkeit zu sichern, höher steht, als der Wille, den Profit zu erhalten und zu erhöhen. In jedem Falle wird die organisierte Arbeiterschaft um die Durchsetzung ihrer Forderungen kämpfen müssen.

Die Unternehmer haben sich nicht damit begnügt, ihre Forderung nach niedrigeren Löhnen theoretisch zu begründen, sie haben in zahllosen Fällen den Versuch unternommen, unter Ausnutzung der Krise und der Notlage der Arbeitenden, die Löhne zu senken. Dieser Unternehmerpolitik werden die Gewerkschaften sicher nicht nur Denkschriften entgegenstellen. Sie werden vielmehr, gestützt auf die Macht der Organisation, den gewerkschaftlichen Kampf auf sich nehmen müssen. Daß sie bei einem solchen Kampf das moralische Recht und die wirtschaftliche Vernunft auf ihrer Seite haben, dafür ist die Denkschrift, die in überaus sachlicher und verantwortungsbewusster Form die Forderungen der Arbeiterschaft ausspricht, ein starker Beweis.

Die Erwerbslosen.

Nur noch geringe Steigerung bis 15. Februar.

Von den einzelnen Landesarbeitsämtern laufen im Reichsarbeitsministerium die Meldungen über die Erwerbslosenzahlungen vom 15. Februar ein. Obwohl die endgültige Ziffer noch nicht festgestellt ist, gestatten die bisherigen Mitteilungen bereits einen allgemeinen Ueberblick. Danach wird die Gesamtziffer für das Reich eine, wenn auch geringe Steigerung über zwei Millionen hinaus bringen. Nur für einzelne Bezirke ist ein Rückgang zu verzeichnen. Im allgemeinen ist die Steigerung so gering, daß fast von einem Stillstand gesprochen werden kann.

Hilfstruppen für Wilhelm.

Die Kommunisten helfen den Deutschnationalen.

Die Deutschnationalen im Rechtsausschuß des Reichstags sind eifrig bemüht, den deutschen Fürsten ungeheure Werte zu erhalten. In der Sitzung vom Dienstag beantragten sie, den Fürsten „bisher unbefristetes oder anerkanntes Privateigentum“ zu belassen. Die Wirkung der Annahme des Antrages wäre gewesen, daß Titel, die ein Land bisher anerkannt hatte, weil sie nach formalem Recht Eigentum begründeten, hätten respektiert werden müssen, auch wenn sie auf einem Mißbrauch fürstlicher Gewalt beruhten. Die Herrschaften Platom-Krojanke, Schwedt, Buxtehude, die Schmalzländer Forsten, die deutsche Fürsten auf Kosten deutscher Länder sich in den Formen des Rechtes, aber gleichwohl widerrechtlich, angeeignet haben, wären dann den Fürsten verblieben.

Wie verhielten sich die Kommunisten gegenüber dem Attentat der Deutschnationalen auf die Taschen des Volkes? Sie enthielten sich der Abstimmung, ebenso wie am Freitag bei dem Antrag der Deutschnationalen, die Auseinanderlegung mit den Fürsten dem Reichsgericht zu übertragen! Wenn Wilhelm der Letzte noch Orden zu verleihen hätte, würden die Kommunisten Anwärter auf die Rettungsmedaille haben, denn sie würden, wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht auf dem Posten wären, mit den Deutschnationalen im Bunde das Fürstenvermögen retten.

Der Rechtsausschuß des Reichstags setzte am Dienstag die Beratung über die vermögensrechtliche Auseinanderlegung mit den früher regierenden Fürstentümern fort.

Behandelt wurde § 2 des Kompromiß-Gesetzes, dem die Regierungspartei. Dieser Paragraph behandelt die Zuständigkeit des geplanten Reichsgerichtes. Nach dem Kompromiß soll das Reichsgericht zuständig sein:

1. für alle Auseinanderlegungen, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht bereits durch ein nach der Staatsumwälzung 1918 erlassenes Gesetz, ergangenes rechtskräftiges Urteil, gefällten Schiedsspruch, Vertrag oder Vergleich endgültig erledigt sind;
2. für Streitigkeiten über die Gültigkeit oder Auslegung eines die Auseinanderlegung betreffenden Gesetzes, Urteils, Schiedsspruchs, Vertrags oder Vergleichs;
3. für die Richtigkeits- und Restitutionsklagen gegen ein die Auseinanderlegung betreffendes rechtskräftiges Urteil (§ 578 ff. der Zivilprozessordnung) sowie die Klagen auf Aushebung eines die Auseinanderlegung betreffenden Schiedsspruchs (§ 1041 der Zivilprozessordnung);
4. für Streitigkeiten aus Aufwertungsansprüchen;
5. für Streitigkeiten, die sich daraus ergeben, daß eine Partei die Richtigkeit eines über die Auseinanderlegung beschlossenen Vertrags oder Vergleichs geltend macht;
6. für Streitigkeiten, die sich daraus ergeben, daß eine Partei mit Rücksicht auf eine wesentliche Veränderung der Verhältnisse die anderweitige Festsetzung der bei einer Auseinanderlegung bestimmten wiederkehrenden Leistungen verlangt;
7. für Streitigkeiten gemäß §§ 6 und 7 dieses Gesetzes.

Zu Nr. 1 beantragte Abg. Dr. Barth (Dnat.), daß das Reichsgericht zuständig sein soll „für alle Streitigkeiten, betreffend die Auseinanderlegung hinsichtlich derjenigen Vermögenswerte, bei denen ein Miteigentum, Mitverwaltung oder Mitbenutzungsrecht des Landes verfassungsmäßig gegeben war, oder bezüglich deren das Privateigentum streitig ist, dagegen nicht zuständig für bisher unbefristetes oder anerkanntes Privateigentum“.

Dieser Antrag wurde abgelehnt!

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) beantragte demgegenüber, daß das Reichsgericht für alle Auseinanderlegungen zuständig sein soll, auch wenn sie bereits durch Gesetz, rechtskräftiges Urteil, Schiedsspruch, Vertrag oder Vergleich endgültig erledigt sind.

Da der sozialdemokratische Antrag die Frage der Rückwirkung berührte, ist im Kompromißentwurf in § 7 behandelt, wurde die Abstimmung über Nr. 1 und Nr. 7 des § 2 des Kompromißentwurfs wie über den sozialdemokratischen Antrag bis zur Beratung des § 7 des Entwurfs zurückgestellt. Die übrigen

Wie Fürstenvermögen entstanden.

Die unerhörten Forderungen der ehemaligen deutschen Fürstentümer machen wieder ein Stück deutscher Kulturgeschichte lebendig, das so beschämend und entehrend für die Geschichte unseres Landes ist, daß man lieber darüber schweigen möchte. Da unsere verlassenen hohen und allerhöchsten Herrschaften jedoch den Kampf um die Wahrung ihrer „heiligsten Güter“ mit so bemerkenswert geringem Freigebot aussetzen, sehen wir keine Veranlassung, geschichtliche Tatsachen mit wohlwollendem Stillschweigen zu übergehen. Es ist zu dieser Zeit gemiß nicht unangebracht, daß wir uns einmal wieder des Handels mit lebenden Menschen erinnern, dem eine Anzahl unserer früheren deutschen Fürstentümer einen nicht unwesentlichen Teil ihres Reichtums verdanken und aus dem die Mittel für den Bau mancher schönen Schlösser geflossen sind, um das heute die Nachkommen jener Fürsten erbittert kämpfen.

Es ist das Verdienst des früheren liberalen Reichstagsabgeordneten Friedrich Rapp, des Vaters des Buchstiften, über dieses für uns gewiß nicht uninteressante Kapitel deutscher Geschichte umfangreiches Material gesammelt und unter dem Titel „Der Salbatenhandel deutscher Fürsten nach Amerika“ im Jahre 1884 herausgegeben zu haben. Das gesammelte Material stammt aus den Dokumenten des englischen Staatsarchivs, aus englischen Parlamentsberichten, den Korrespondenzen der betreffenden fürstlichen Personen und sonstigen amtlichen Quellen und muß daher wohl als durchaus glaubwürdig angesehen werden.

Wir erfahren also aus diesen Dokumenten wertvolle Einzelheiten darüber, wie die Landesväter einer ganzen Anzahl deutscher Kleinststaaten ihre geliebten Untertanen für bares klingendes Geld an fremde kriegerische Mächte als Kanonensutler verkauft haben. Die gelieferte Ware ließen sie sich pro Kopf nach damaliger Rechnung mit 30 Kronen Banco Werbedeckel und dazu 37½ Kronen Subsidien, die auf Jahre hinaus geleistet werden mußten, ferner bei dem unvermeidlichen Abgang pro Reihe nochmals 30 Kronen bezahlen, wobei drei Verwundete gleich einem Toten gerechnet wurden. Außerdem stellten die Fürsten noch manchmal die Differenz zwischen der eigenen landesüblichen niedrigeren Soldatenlohnung und derjenigen des die Truppen leitenden kriegerischen Landes in ihre eigene Tasche. Dieses seine Geschäft stand in seiner schönsten Blüte während des Nordamerikanischen Freiheitskrieges (1775—1783). Anland wollte zur Niederwerfung des Aufstandes in Nordamerika nicht gern seine eigenen Landesväter verwenden. Es hatte das auch gar nicht nötig, denn die deutschen Fürsten riefen sich förmlich darum, ihre Untertanen als Kanonensutler für englische Dienste gegen Bezahlung anzubieten. Sie liebten alle ein glänzendes Hofleben nach französischem Muster, selbstverständlich auf Kosten ihrer armen ausgepreßten und verschuldeten Väter und ergiffen darum mit Freuden die günstige Gelegenheit, durch den Verkauf von männlichen Einwohnern ihrer Länder ihre reduzierten Kassen etwas aufzufüllen. Die treuen Untertanen lieferten ihnen aus ihren zerstückelten Knochen die Mittel zu standesgemäßen Vergnügungen, zu der verschwenderischen Wirtshaft, die an jedem Hof eine Selbstverständlichkeit war. So entstanden viele der Schlösser, deren Pracht mir heute noch bewundern können.

Nummern des § 2 des Kompromißentwurfes wurden in obiger Fassung vom Ausschuss in erster Sitzung angenommen.

Annahme fand ferner § 3, wonach Anträge auf Einleitung eines Verfahrens nur bis zum Ablauf von 6 Monaten nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zulässig sind.

Volksbegehren gegen Fürstenaufwertung.

Die bayerischen Bauern machen mit.

Dem „Reichsdienst der deutschen Presse“ wird aus München berichtet:

Die Propaganda für das Volksbegehren zur Fürstenaufwertung, die am Sonntag mit einer großen Versammlung der Sozialdemokratischen Partei im bayerischen Oberlande schlagfertig eingeleitet hat, findet in diesem angeblich vollkommen monarchistischen Reichsteil eine überraschend günstige Aufnahme. Die Stimmung ist viel lebhafter als bei den letzten Reichstags- und Reichspräsidentenwahlen. Besonders bemerkenswert ist die starke Anteilnahme der Bauern. An mehreren Orten zeigt sich, daß die Wähler des Bayerischen Bauernbundes, der im Reichstag durch seine Fraktionsgemeinschaft mit der Wirtschaftspartei gebunden ist, ihre alte demokratische Grundgesinnung nicht verleugnen und zusammen mit den ländlichen Arbeitern bei den Kundgebungen für das Volksbegehren mitwirken.

Zentrumsführer gegen Zentrumsarbeiter.

Köln, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der erweiterte Ausschuss der Kölner Zentrumsgruppe, ein Gremium von etwa 250 Personen nahm in einer sehr lebhaft verlaufenen Versammlung Stellung zur Fürstenabfindung. Reichs- und Landtagsabgeordnete des Zentrums wandten sich entschieden gegen den von Sozialdemokraten und Kommunisten geforderten Volksentscheid, da die Enteignung den sittlichen Gesetzen widerspreche. Von Zentrumsarbeitern wurde gegen diese Auffassung lebhaft Einspruch erhoben. Jedoch blieben diese Redner, die sich zum Dolmetisch taufender Kölner Zentrumsarbeiter machten, in einer hoffnungslosen Minderheit, weil der Ausschuss mit seinen siebenmal gefällten Beschlüssen ein objektives Bild der Meinung der Kölner Zentrumsanhänger darstellt. Nach längerer erregter Debatte wurde gegen die Stimmen der Opposition einer Entschließung zugestimmt, in der zur Regelung der Fürstenabfindung ein Reichsgesetz gefordert wird, das sich aufbauend auf den Entscheidungen eines vom Reichstag eingesetzten Schiedsgerichts. Bereits früher getroffene Vereinbarungen zwischen den Ländern und den ehemaligen Fürstentümern sollen der Nachprüfung und Entscheidung des Schiedsgerichts unterliegen.

Mit dieser Auffassung über die Fürstenabfindung hat sich die größte westdeutsche Organisation der Zentrumsgruppe in stärkster Gegenlage gesetzt zu den von der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, dem Organ der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, bisher verfolgten Ansichten gestellt. Es ist kaum anzunehmen, daß die katholischen Arbeiter des Rheinlands sich bereit finden werden, dem Versuch, durch ein lautes Kompromiß die Fürstenabfindung zu erledigen, zuzustimmen.

Pfarrer Hell.

Er stellt Strafantrag und läßt sich verhaften.

Das Gewissen des evangelischen Pfarrers Hell von Verlach bei München ist zweifellos gut. Aber trotzdem findet er keine Ruhe, seit er die Mordhandeln des Freikorps Lützow nach Verlach herief, um die Noten unerschädlich zu machen. Seinem Rufe sind die Lützowern gefolgt. Zwölf Arbeiter von Verlach, nach dem Zeugnis der dortigen Polizei lauter „brave Leute“, sind von den Lützowern „umgelegt“ worden, nachdem Hell diese Helden in den friedlichen Ort berufen hatte.

„Dach links“, das republikanische Witzblatt, hatte nach dem Münchener Prozeß gegen die Mörder der Arbeiter den Pfarrer Hell und einen der Freischärler karikaturistisch den Lesern vorgestellt und einen entsprechenden Text hingesetzt. Dadurch läßt sich der Prediger der christlichen Liebe gekränkt. Er hat, wie wir erfahren, gegen

den Verantwortlichen des „Dach links“, Genossen Wendel, Privatklage wegen Beleidigung vor dem Münchener Gericht erhoben.

Aber dieser Appell an Münchener Richter genügt ihm nicht, um seinen Seelenfrieden wiederzugewinnen. Er hat sich, wie die Jugenbergs-Presse meldet, an die protestantische Pfarrei Lauerzell bei Rotenburg verziehen lassen. Die Liebe seiner Gemeinde zu ihm war inzwischen so stark geworden, daß er vorzieht, sich ihr zu erwidern. In Lauerzell, so hofft er, werden die Schatten der zwölf Ermordeten nicht so lebendig sein wie in Verlach, von wo sie in den Tod geführt wurden, von denen, die Hölle zu seinem Schutz gerufen hatte!

Ungenügende Nothandshilfe.

Beschwerden des besetzten Gebietes.

Köln, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Verband der Stadt- und Landkreise des besetzten Gebietes hat durch seinen Vorsitzenden, den Kölner Oberbürgermeister Dr. Widenauer, eine Eingabe an die Reichsregierung und die preussischen Ministerien des Innern und der Finanzen gerichtet, in der die Gemeinden des besetzten Gebietes ihren Anmut über den durchaus unbefriedigenden Verlauf der im Vorjahre vom Reichstag beschlossenen Hilfsaktion für das besetzte Gebiet zum Ausdruck bringen. In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung in den ersten Monaten des Jahres 1924 den bedrängten Gemeinden des besetzten Gebietes Sonderanteile an den Reichs- und Staatssteuern überwiesen habe, jedoch seien diese Sonderüberweisungen im Mai 1924 eingestellt worden. Im April 1925 habe die Reichsregierung auf Grund einer dringlichen Aussprache im Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete sich bereit erklärt, über die zurückliegenden Ansprüche des besetzten Gebietes eine Pauschalregelung mit den beteiligten Ländern zu vereinbaren und auch für die fortlaufende Sonderbelastung des besetzten Gebietes Mittel bereitzustellen. Vom Reichstag wurde zu diesem Zweck eine Summe von 75 Millionen bewilligt. Leider habe die Verteilung dieser 75 Millionen bei den Gemeinden des besetzten Gebietes peinliche Überraschung hervorgerufen.

Das Reich habe von dieser Summe zunächst 30 Millionen für die Fertigstellung seiner eigenen Besatzungsbauarbeiten genommen. Der Rest von 45 Millionen wurde den Ländern, und zwar ein Betrag von 30 Millionen Preußen überwiesen. Von diesen 30 Millionen hat Preußen wiederum rund 4,2 Millionen für seine eigenen staatsfiskalischen Schäden abgezogen. Der Restbetrag ist dann an die Gemeinden und Gemeindeverbände verteilt worden. Diese Verteilung ist allerdings nach geheimgehaltenen Richtlinien erfolgt, so daß das Ergebnis in den beteiligten Kreisen größtes Mißtrauen und Unzufriedenheit hervorgerufen hat. Noch bedauerlicher ist jedoch die Feststellung, die in der Eingabe gemacht wird, daß die Beträge den beteiligten Stadt- und Landkreisen nicht etwa als Zuschüsse, sondern in der Hauptsache als Darlehen gegeben worden sind. Die Denkschrift kommt zu dem Schluß, daß die in der Öffentlichkeit so stark unterstrichene Hilfsaktion für die besetzten Gebiete ein in höchstem Grad unbefriedigendes Ergebnis gehabt habe. Das sei um so bedauerlicher, als sowohl von den Vertretern der Reichs- und Staatsregierung als auch vom Reichstag und Preussischen Landtag die Hilfe für das besetzte Gebiet stark betont worden ist. Der Vorstand des Verbandes der Stadt- und Landkreise der besetzten Gebiete richtet daher an die Reichs- und Staatsregierung die dringende Forderung, nunmehr den Gemeinden und Gemeindeverbänden des besetzten und des inzwischen geräumten Gebietes mit wirklich durchgreifenden Maßnahmen zu Hilfe zu kommen, vor allem dadurch, daß den Gemeinden Mittel zur Durchführung von Nothandarbeiten zur Verfügung gestellt werden.

Neuregelung oberösterreichischer Kommunalfragen. Das Preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat den Entwurf eines Gesetzes über die Neuordnung der kommunalen Verfassung und Verwaltung in Gemeinden und Kreisen der Provinz Oberösterreich zugehen lassen. Im Zusammenhang damit sind gleichzeitig Eingemeinderungen von größerer Bedeutung in den Städten Weibach, Haidenburg, Gleiwitz und Ratibor ihrer Regelung entgegengeführt worden.

Rollands schönes Geburtstagsgeschenk. Die vom Deutschen Zweig der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit eingeleitete Baumpflege für die zerstörten Gebiete Nordfrankreichs, die den französischen Kameradinnen anlässlich und zur Ehrung des 60. Geburtstages Romain Rollands überreicht wurde, hat in Frankreich ein allgemeines warmes Echo gefunden. Romain Rolland begründete seine Bitte an die „Colonie“ vom 1. Februar um Verwirklichung des Schreibern der deutschen Frauen zwar mit dem Zweifel, daß die große Tagespresse diese, wenn auch nur bescheidene Tat des neuen Deutschland würdigen würde. Aber die Presse war besser als ihr Ruf. Der offizielle Empfang der deutschen pazifistischen Frauen durch den Bürgermeister im Rathaus von Arras, die Uebergabe der Spende, die Gedanken, die den Reden der Vertreter der Stadt und denen der deutschen und französischen Frauen zugrunde lagen, machten auf die anwesenden Journalisten einen tiefen Eindruck. Die französische Presse aller Richtungen brachte Berichte. Die Bäume sollen auf einem Kinderplatz gepflanzt werden, der mit einem neuen Komplex städtischer Gebäude (Ritterberatungs- und Müchverteilungsstelle, Kindergarten usw.) auf ehemaligem Schützengrabenterrain nach in diesem Jahre angelegt werden wird.

Romain Rolland hat dem Deutschen Zweig der Internationalen Frauenliga mit folgenden Worten gedankt: „Keiner der Briefe, die ich dieser Tage erhielt, hat mich so ergriffen wie der, den Sie im Namen der Sektion der IFFA an mich richteten. Man hätte mir kein schöneres Geburtstagsgeschenk machen können. Der Gedanke, in den zerstörten Gebieten Bäume zu pflanzen zu wollen, ist edel und ergreifend. Am 29. Januar war eine kleine Gruppe ausländischer und französischer Freunde um mich versammelt. Ich habe ihnen Ihren Brief vorgelesen. Uns allen ist sein Inhalt zu Herzen gegangen. Bitte, übermitteln Sie den großmütigen Göttern unteren tief empfundenen Dank und möge diese brüderliche Geste in Frankreich eine Welle der Sympathie für das pazifistische Deutschland hervorrufen. Ich hege die innige Hoffnung, daß die Zeit des langen hundertjährigen Kampfes zwischen unseren beiden Nationen vorüber ist und daß die Ereignisse sie zur Einigung zwingen werden. Ich verkenne keineswegs die Gefahren der Zukunft. Aber ich sehe sie wo anders. Jeder Tag hat seine Nähe und seine Aufgabe! Wir werden die unsere gut erfüllt haben, wenn es uns gelungen ist, die zwei größten Rassen des Westens zu verbinden.“

Grete Polacca gibt am 18. März im Völkchen-Saal ihren einzigen dreijährigen Berliner Tanzabend. Das Programm bringt neun neue Tänze.

Zugunsten der notleidenden Kunstschüler findet heute, Mittwoch, abends 9 Uhr, das zweite Konzert der Vereinigten Staatschulen für freie und angewandte Kunst in den Räumen der Kunstakademie, Charlottenburg, Hardenbergstr. 33, statt.

Die Ausstellung über die Meister der deutschen Kunst des 19. Jahrhunderts soll Anfang März in Wien eröffnet werden. Der deutsche Reichspräsident hat gemeinsam mit dem österreichischen Bundespräsidenten das Protektoral über die Ausstellung übernommen. Die leitende Arbeit. Am Laboratorium der Universität Riga wurde eine Analyse ähnlicher in Lettland hergestellten Weine vorgenommen. Durch diese Prüfung ist nun festgestellt worden, daß diese Weine fast ausschließlich aus Trauben aus Lettland hergestellt sind. In den Weinproben wurden u. a. Anilinfarbstoffe und gesundheitsgefährliche Säuren gefunden.

Preußen im Staatsrat.

Ein Gesetzentwurf des preussischen Kabinetts.

Das Preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf über die Führung der 27. preussischen Stimme im Reichsrat zugehen lassen, demzufolge die nach dem Beschluß des Reichsrats auf das Land Preußen entfallende 27. Stimme im Reichsrat von dem Preussischen Staatsministerium geführt wird.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst aus der Begründung dazu mitteilt, wird nach jeder allgemeinen Volkszählung die Stimmengahl, die die einzelnen Länder im Reichsrat führen, gemäß Art. 61 Abs. 3 der Reichsverfassung durch den Reichsrat neu festgesetzt. Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 16. Juni 1925 entfallen auf Preußen statt der bisherigen 26 nummehr 27 Stimmen. Diese 27. Stimme ist, wie zwar nicht aus dem Wortlaut des Art. 63 Abs. 1, wohl aber aus dem Sinne und logischen Aufbau desselben zu entnehmen ist, nicht von den Provinzialverwaltungen zu bestellen, sondern vom Preussischen Staatsministerium zu führen. Denn die Bestellung der Hälfte der preussischen Reichsratsstimmen durch die preussischen Provinzialverwaltungen geschieht auf Grund einer Ausnahmevorschrift der Reichsverfassung gegenüber der von ihr aufgestellten Regel, daß die Länder im Reichsrat durch Mitglieder ihrer Regierungen vertreten werden. Diese Regel muß hier durchgreifen, da eine Halbierung der Stimmen bei ungerader Zahl der auf Preußen entfallenden Stimmen nicht möglich ist. Wenn § 7 des Preussischen Gesetzes über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen vom 3. Juni 1921 besagt, daß das Nähere durch Gesetz bestimmt wird, wenn sich die Anzahl der im Reichsrat auf Preußen entfallenden Stimmen ändert, so handelt es sich hierbei also insoweit, als die Führung einer ungeraden Stimme in Frage steht, um eine ihrem Inhalt nach reichsverfassungsmäßig gebundene Landesgesetzgebung.

Die Einbringung des Gesetzentwurfs beim Landtage würde unterbleiben müssen, wenn der Gesetzesbeschluss des Landtages vom 15. Januar d. J. zur Änderung des Gesetzes über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen, der in seiner Nr. 3 den in § 7 des Gesetzes vorgesehene Gesetzgebungsweg auf den Fall beschränkt will, daß die Zahl der von den Provinzialverwaltungen zu bestellenden Mitglieder des Reichsrats sich ändert, bei der infolge des Einspruchs des Staatsrats erforderlich gewordenen nachmaligen Beschlußfassung des Landtags mit Zweidrittelmehrheit erneuert werden sollte.

Der Staatsanwalt von Grevesmühlen.

Ergebnisse der Schweriner Berufungsverhandlung.

Der Reichsbannerprozeß von Grevesmühlen hat in der vor dem Schweriner Landgericht eingeleiteten Berufungsverhandlung ein ganz neues Bild von den Zusammenhängen entrollt, die zu dem bedauerlichen Zusammenstoß in Grevesmühlen geführt haben. Vor allem der Verhandlungsleitung ist es zu danken, daß dem Bestreben der Staatsanwaltschaft, auch in der zweiten Instanz die Reichsbannerleute als die einzigen Schuldigen hinzustellen, ein Damm entgegengesetzt wurde. Es sind diesmal nicht allein die Belastungszeugen, sondern auch in ausgiebigem Maße die Entlastungszeugen gehört worden.

Was von den Belastungszeugen zu halten ist, ergibt sich am deutlichsten aus der Vernehmung des Rohbachers Michaelis und des Frontbannmannes Klebe. Michaelis erklärte, daß er der Rohbachelororganisation nicht mehr angehört, „weil er nichts mehr mit ihr zu tun haben will und eingesehen hat, daß es keinen Zweck hat, dieser Organisation anzugehören“.

Im übrigen versuchte er, seine rasche Bekehrung durch eine Schimpfanrede auf seine ehemaligen Gefangenenfreunde zu verdecken. Der zweite Kronzeuge Klebe war zur Zeit des Grevesmühlener Zusammenstoßes Bezirksleiter des östlichen „Frontbannes“ im Grevesmühlener Bezirk Treuburg verhaftet, er, daß er es als seine Pflicht betrachtet habe, sich in das Reichsbanner einzuschließen, um „Material“ gegen die Organisation zu sammeln.

Die Vernehmung seines Strafregisters ergibt, daß er bereits wegen Betrug, Unterschlagung, Urkundenfälschung, Diebstahl u. a. m. neunmal vorbestraft ist und bereits neun Monate Gefängnis wegen Betrugs militärischer Geheimnisse abgelesen hat. Auch zu der gegenwärtigen Verhandlung mußte der nationale Kronzeuge der Staatsanwaltschaft aus dem Gefängnis vorgeführt werden. Klebe gibt ferner zu, daß er an jenem Sonntag in einem Gespräch mit einem Reichsbannermann diesem versichert hat, daß die Rohbacher hundertmal besser bewaffnet seien wie die Reichsbannerleute.

Wenn auch die Aussagen der Belastungszeugen wie durch eine unsichtbare Hand im großen und ganzen zurechtgerichtet erscheinen und im allgemeinen übereinstimmen, gehen sie in wichtigen Einzelheiten weit auseinander. Die Rohbacher standen in jener Nacht, wie genau festgestellt wurde, auf engem Raum in einem geschlossenen Trupp zusammen und trotzdem will der eine von ihnen einen Schuß, der andere zwei oder drei, der dritte mehr Schüsse gehört haben. Hier greift der Staatsanwalt durch Suggestivfragen ein, um die Zahl der Schüsse möglichst zu erhöhen und das Reichsbanner einseitig zu belasten. Erfreulicherweise tritt auch hier der Vorsitzende dem Versuch entgegen. Weiter fördert die Beweisaufnahme auf dem Tisch des Gerichts ein förmliches Waffenlager, Pistolen und Flobertkugeln der Rohbacher.

gutage. Das sind die Waffen, mit denen sie in der Matzfabrik in Grevesmühlen Schießübungen abzuhalten pflegten. Die Schießgewehre sind etwa 1,25 Meter lang. Das Kaliber beträgt 7 Millimeter.

Die dem Reichsbanner nahestehenden Entlastungszeugen machen einen geistigen und vernünftigen Eindruck. Ihre Aussagen sind nicht „auswendig gelernt“ und von höherer Stelle angeordnet. So bringt unter ihrem mit dem Stempel der Wahrheit vorgetragenen Zeugnis das ganze Anlagegebäude der Staatsanwaltschaft immer mehr zusammen. Sie berichten vor allem über den Terror, den die Rohbacher in der Grevesmühlener Gegend ausübten. Ein Zeuge aus den Kreisen des Reichsbanners schildert, wie er seit Monaten ständig bedroht und wiederholt überfallen wurde. Die Gründung des Reichsbanners in Rostenburg sei lediglich ein Akt der Notwehr gegen die fortgesetzten Übergriffe der östlichen Kampfverbände gewesen.

Als der Staatsanwalt an Hand von Aufzügen, Zeitungsankündigungen und unkontrollierbaren Gerüchten das Reichsbanner als eine blutrünstige, staatsfeindliche Kampforganisation (!) hinzustellen sich müht, beantragt die Verteidigung die Ladung des Bundesvorsitzenden, Oberpräsidenten Hörling, zur Darlegung der Ziele des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

Die Beweisaufnahme ergibt fernerhin, daß in der Nacht des bekannten Zusammenstoßes die östlichen Verbände auf Befehl ihrer Offiziere in geschlossenen Kolonnen anrückten und den Auftrag bekamen, jedes Mitglied des Reichsbanners anzugreifen und niederzuschlagen.

Se länger sich die Berufungsverhandlung hingieht, desto vernichtender wird sie für die Methoden der Staatsanwaltschaft, für die Amtsführung der mecklenburgischen Polizei und schließlich für die Urteilsfindung des Grevesmühlener Amtsgerichts in der ersten Instanz.

Briand über die Katsfrage.

Ausführungen im Auswärtigen Ausschuss.

Paris, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Kammerauschuss für auswärtige Angelegenheiten hat am Dienstag die Diskussion des von dem Abg. Paul Boncour erstatteten Berichtes über die Verträge von Locarno fortgesetzt. Sie hat dazu ein

Exposé Briands

entgegengenommen, der sich eingehend über die näheren Umstände, unter denen seinerzeit die Verhandlungen geführt wurden, geäußert hat. Briand hat u. a. betont, daß außer den in dem veröffentlichten Vertragstext niedergelegten Vereinbarungen keine andere Frage offiziell diskutiert worden sei und die unterzeichneten Abkommen die gesamten für Frankreich aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Rechte nicht antasteten. Ueber den eventuellen

Eintritt Polens in den Völkerbundsrat

gab Briand eine längere Erklärung ab, in der er sich vor allem gegen die um diese Frage geführte Polemik wandte. In Locarno, so führte er aus, habe man sich damit nicht beschäftigt, dagegen sei schon vor Locarno verschiedentlich davon die Rede gewesen. Die an der polnischen Kandidatur interessierten Mächte seien der Auffassung, daß der Eintritt Deutschlands die günstigste Gelegenheit für eine Erweiterung des Völkerbundsrats sei. Das sei ihr gutes Recht, das durch die Verträge von Locarno um so weniger beeinträchtigt werden könne, als die Frage im Statut des Völkerbundes selbst geregelt sei. Die dafür in Frage kommenden Nationen würden auch für dieses Problem, wie für so manches andere, eine befriedigende Lösung finden, vorausgesetzt, daß man ihre offen und objektiv geführte Diskussion nicht störe. Die geschickte, absolut unangebrachte Polemik, die diese Diskussion vergifte, sei allerdings nicht dazu angetan, die Lösung zu erleichtern. Der beste und einzige zuständige Richter in dieser Angelegenheit sei der Völkerbund selbst, und Frankreich habe zu ihm das volle Vertrauen, daß er seine Entscheidung in Uebereinstimmung mit den großen Interessen, die ihm anvertraut seien und in voller Unabhängigkeit treffen werde.

ohne sich durch die auf ihn ausgeübten Pressionsversuche beeinflussen zu lassen.

Paul Boncour Bericht über Locarno.

Paris, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Debatte über die Verträge von Locarno soll in der französischen Kammer, gemäß dem Wunsch des Ministerpräsidenten, am Freitag beginnen, damit der Senat ebenfalls noch vor dem 8. März Stellung nehmen kann. Bisher haben sich etwa acht Redner zur Debatte eingetragen. Für die sozialistische Fraktion sollen Blum und Spinasse intervenieren. Dagegen dürfte der neugewählte Abgeordnete von Belfort, André Tardieu, von dem man im Allgemeinen erwartet, daß er als englischer ehemaliger Mitarbeiter von Clemenceau die Gelegenheit zu einer großen Rede gegen die Außenpolitik Briands benutzen werde, an der Debatte nicht teilnehmen; wegen eines Halsleidens wird er eigentlich nicht vor dem 10. März in der Kammer erscheinen. In Wirklichkeit hält es Tardieu wohl tatsächlich in seinem persönlichen Interesse nicht für klug, sich schon bei seinem ersten Auftreten eine Niederlage zu holen, da er sich klar vorüber ist, daß in der Kammer eine starke Mehrheit für Locarno vorhanden ist. Die Annahme des von Paul Boncour verfaßten Berichtes in der Kommission für die auswärtigen Angelegenheiten mit etwa 25 Stimmen gegen 4 reaktionäre Stimmen dürfte in dieser Hinsicht charakteristisch sein.

Amerikas Demokraten gegen Mussolini.

Sinauschiebungstaktik. — Wirtschaftliche und politische Gründe.

Wie aus Washington gemeldet wird, hat die demokratische Fraktion des amerikanischen Senats am Montagabend beschlossen, gegen die Ratifizierung des Schuldenumänderungsvertrages mit Italien zu stimmen. Die Demokraten liegen sich bei ihrem Beschluß von wirtschaftlichen und politischen Gründen leiten. Ihr Kampf gegen das Schuldenabkommen setzte sofort nach dessen Abschluß ein, und insbesondere in der demokratischen Presse wurden gegen die amerikanische Regierung schwere Vorwürfe gerichtet. Vereinzelt wurden die amerikanischen Unterhändler sogar der Bestechung beschuldigt. Als dann Anfang Januar die wahnsinnige Politik Mussolinis gegen Süditalien auch in Amerika bekannt wurde, verstärkte sich die Opposition gegen das Schuldenabkommen. Sie hat über die Demokraten hinaus jetzt auch in der eigentlichen Regierungspartei, den Republikanern, Fuß gefaßt, und wenn bisher auch noch nicht feststeht, daß das Abkommen vom Senat abgelehnt werden wird, so erscheint seine Annahme im Augenblick doch noch sehr zweifelhaft. Die oppositionellen Bestrebungen gehen vorläufig zunächst dahin, die Ratifikation auf die lange Bank zu schieben. Man wird in dem zuständigen Senatsausschuß bestimmte Beweisanträge stellen, die u. a. auch die Vorverhandlungen über das Abkommen und die Verhältnisse der Begünstigung Italiens betreffen. Im Vergleich zu der Haltung der amerikanischen Unterhändler im Verlauf der amerikanisch-französischen Schuldenverhandlung ist eine Begünstigung kaum von der Hand zu weisen.

Neue Hege gegen Ritti.

Bereits vor mehr als drei Wochen hatte eine Pariser nationalistische Wochenschrift „L'Europe“ die Nachricht gebracht, daß der bekannte französische Schriftsteller A. Fabre-Luce, der Verfasser des aussehenerregenden Buches „Der Sieg“, ein Frühstück veranstaltet hatte, an dem u. a. der deutsche Botschafter von Haesch und der ehemalige Ministerpräsident Jasiens, Ritti, teilgenommen hatten. Das Rostländer Festschriftblatt „Popolo d'Italia“ bringt diese „sensationalle“ Nachricht und knüpft daran Kommentare, die den „hochverräterischen“ Charakter der Tätigkeit Rittis beweisen sollen! Dabei man dahingestellt lassen kann, wessen Gesellschaft für Ritti „belastender“ gewesen sein mag, die des „politisch-defensitiven“ Schriftstellers Fabre-Luce oder die des deutschen Botschafters...

Die Festschriftenpresse macht seit einigen Tagen auffallend scharf gegen Ritti und kündigt an, daß er und Professor Salvemini demnächst als erste auf die Liste derer gesetzt werden, die die italienische Staatsbürgerhaft verlieren sollen. Man darf darauf gespannt sein, ob Mussolini diese Drohung ausführen wird. Uns dünkt, er wird es sich doppelt und dreifach überlegen, jene absurde Maßnahme gerade gegen die zwei Italiener anzuwenden, deren Namen in der gesamten angelsächsischen Welt einen besonders guten Klang haben; besonders auf Grund der neuesten Nachrichten aus Washington dürfte er darüber noch sehr gründlich nachdenken!

Der Bericht Paul Boncour wird am Mittwoch zur Verteilung gelangen. In der Einleitung sagt der Bericht, die Kommission habe stets den Standpunkt eingenommen, daß die Sonderverträge

dem Rahmen und dem Geiste des Genfer Protokolls entsprechen

müßten, um ihre Zustimmung zu finden. Die Verträge von Locarno erfüllten diese Hauptvoraussetzung. Sie seien zwar nur eine Etappe auf dem Wege zum Ziel, das es zu erreichen gelte, aber eine entscheidende Etappe, deren besonderer Wert darin liege, daß es die ehemaligen Gegner seien, die sich verpflichteten, Schwierigkeiten und Konflikte auf schiedsgerichtlichem Wege beizulegen.

Der Bericht gibt dann eine ins einzelne gehende vergleichende Analyse des Genfer Protokolls und der Locarno-Verträge unter Schilderung der verschiedenen Ereignisse vom 2. Oktober 1924, dem Tag der Annahme des Genfer Protokolls, bis zum 16. Oktober 1925, dem Tag der Annahme des Vertrages von Locarno. Durch den Abschluß des Vertrages von Locarno hätte sich Briand ein großes Verdienst um die Interessen Frankreichs und die Interessen des Weltfriedens, die unzertrennlich voneinander seien, erworben.

Was die entmilitarisierte Rheinlandzone betrifft, so sagt der Bericht, daß der in London abgeschlossene Rheinpakt für den Fall flagranter Verletzungen ganz bestimmte Maßnahmen vorsehe, die bisher nicht möglich waren. Was man auch von der Okkupation des linken Rheinufers denken möge, eines stehes fest, daß sie nur von beschränkter Zeitdauer sein könne und gerade dann aufhören werde, wo gewisse Kriegsgefahren wieder größer erscheinen könnten. Die Entmilitarisierung der Rheinlande, die der dortigen Bevölkerung das Recht belasse, bei der Nation zu verbleiben, die sie als die ihrige betrachte, bilde aber eine für beide Teile günstige Lösung eines Problems, das der Geschichte allzu lange einen blutigen Charakter gab. Was die Bestimmungen zwischen Deutschland und Polen, zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei betrifft, so begrüßte der Bericht die Unterhändler dazu, daß sie für die gefährlichen Konfliktpunkte, die zwischen diesen Ländern noch bestanden, praktische, friedliche Lösungsmöglichkeiten gefunden haben. Es seien zwar immer noch einige zweifelhafte Punkte vorhanden, aber daran seien nicht die Unterhändler schuld. Jedenfalls sei jetzt die

Atmosphäre des Vertrauens und der Sicherheit geschaffen.

ohne die der Friede nicht dauerhaft gewesen wäre.

Abschließend ertücht der Bericht, von welchem Standpunkt aus man die glücklichen Ergebnisse der Konferenz von Locarno prüfe, immer festzustellen sei, daß die dort angenommenen Verträge als Teilverwirklichung des Genfer Protokolls im Geiste dieses Protokolls zur Anwendung gebracht werden müßten. Auf den Vorbeeren von Locarno sich nun ausruhen zu wollen, wäre gefährlich. Es gelte, das Friedenswort immer mehr zu vervollkommen; zumal die Verträge von Locarno kein Ende, sondern einen Anfang bedeuten. Sie würden endlich die

Rüstungsbeschränkungen ermöglichen.

deren Forderung nach dem fruchtbaren Krieg wie ein Verzweilungsschrei der erschöpften Völker erklingen sei. Die Kommission fordert die Kammer schließlich auf, die Verträge von Locarno zu ratifizieren, weil man sich damit auf den Weg begeben, an dessen Ende notwendigerweise die allgemeine Organisation des Friedens stehe.

Klärung in Frankreich.

Die Radikalen beugen sich vor dem Senat. Die Sozialisten gehen endgültig zur Opposition über.

Paris, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der von dem Senator Chéron erstattete Bericht der Finanzkommission des Senats über die Finanzvorlage ist am Dienstag vormittag zur Verteilung gelangt. Die Diskussion im Plenum wird am Mittwoch vormittag beginnen, und nach den Beschläüssen der verschiedenen Parteien ist es nicht mehr zweifelhaft, daß der Senat die Gesamtheit der von der Kommission vorgeschlagenen neuen Steuern nach der Fassung der Regierungsvorlage annehmen wird. Die Diskussion dürfte kaum mehr als zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen, so daß die Vorlage spätestens am Freitag oder Sonnabend wieder vor die Kammer gelangen wird. Auch hier hat in der Zwischenzeit eine Klärung der Situation stattgefunden. Der weitaus größte Teil der Radikalsozialen, der noch vor einer Woche aufs schärfste gegen die von dem Senat mit der Wiederaufnahme der von der Kammer abgelehnten Maßnahmen begangenen Verletzungen der Verfassung protestiert hat, ist wieder einmal umgefallen und bereit, sich dem Diktat der Ersten Kammer zu beugen. Mit ihnen wird aller Voraussicht nach auch ein Teil der Opposition für die in der vergangenen Woche abgelehnten Steuern stimmen. Als Bedingung dafür hat der Führer der Radikalen, der ehemalige Kriegsminister Maginot, in einer am Sonntag gehaltenen Rede von Briand den endgültigen Bruch mit den Sozialisten gefordert, die ihrerseits seit zur gleichen Stunde durch den Mund des Generalsekretärs der Partei, des Abgeordneten Faure, die Erklärung abgegeben haben, daß sie nach dem neuen Umfall der bürgerlichen Linken das Kartell als tot betrachteten und demgemäß in die Opposition zurückkehren würden.

Das Kabinett Briand wird unter diesen Umständen auch in der Kammer eine ausreichende Mehrheit hinter sich haben, und zwar wird es die gleiche Mehrheit sein, die sich am 12. Juli des vergangenen Jahres um Cailloz geschart hatte. Die einzige Schwierigkeit scheint nur noch die Doumergue'sche Zahlungssteuer zu bilden, für die in der vergangenen Woche in der Kammer rund 112 Abgeordnete gestimmt haben. Aber auch hier verhandelt man bereits über ein Kompromiß auf der Grundlage einer erheblichen Reduktion des von dem Finanzminister vorgeschlagenen Tarifes, der von 1,20 auf 0,5 Proz. herabgesetzt werden soll.

Die Affäre Kaufmann wird am 15. April vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte ausgerufen werden. Neben Kaufmann wird sich Hauptmann a. D. Anoll wegen Uebertretung und Weiterverbreitung der Kaufmann zur Last gelegten „strafbaren Auszüge aus Aktienbüchern“ zu verantworten haben.

In der Stadt Braunschweig sollen zu Ostern 72 Häuser durch die Schwarzweihrote Regierung abgebaut werden, da der Etat der Regierung ein Millionendefizit aufweist. Die Regierung will an der Volksschule sparen, nachdem sie dem Herzog von Braunschweig und der Kirche gegenüber zu freigebig gewesen ist.

Jollers Vertreter wurde in Rimmanten wegen Spionageverdachts verhaftet.

Lohnprogramm der Gewerkschaften.

Aus der Denkschrift der Spitzenverbände.

Dem Lohnprogramm des Reichsverbandes der deutschen Industrie, das dieser in seiner jüngsten Denkschrift entwickelt hat, stellen die drei Spitzenverbände der freien Gewerkschaften in ihrer an anderer Stelle unseres Blattes eingehend erwähnten Gegenwartschrift: „Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik“, das gewerkschaftliche Lohnprogramm gegenüber. Nach einer grundsätzlichen Einleitung wird zunächst die in der Reichsverbanddenkschrift aufgestellte allgemeine Behauptung als falsch bezeichnet, daß nominelle Lohnerhöhungen keine Stärkung der Kaufkraft bedeuten. Die Stellung der Gewerkschaften wird dann in folgenden Sätzen (Abschnitt IV, Lohn und Arbeitszeit) dargelegt:

„Die Gewerkschaften sind der Auffassung, daß der Friedensreallohn als obere Grenze für die Bemessung und Bewertung der Löhne nicht maßgebend sein kann. Sie gehen darin einig mit der Denkschrift (der Unternehmer), daß ein höherer Reallohn im allgemeinen nur mit gleichzeitiger Steigerung der Produktivität erreicht werden kann. Die Produktivität wird jedoch nicht ausschlaggebend beeinflusst durch die physische Anstrengung des einzelnen Arbeiters, sondern hängt in erster Linie ab von rationaler Betriebswirtschaft und planmäßiger Wirtschaftsführung. Beides ist jedoch nur möglich, wenn die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes entsprechend erweitert wird. Erst die Absatzsteigerung auf dem inneren Markt schafft ferner für die deutsche Industrie die Voraussetzung, mit durch Spitzenleistung verbilligten Waren eine genügende Exportfähigkeit zurückzugewinnen.“

Lohnerhöhungen stellen einen wichtigen Antrieb zur Rationalisierung der Wirtschaft dar. Wenn sich Lohnerhöhungen auf sämtliche Betriebe eines Wirtschaftszweiges erstrecken, was durch Tarife zu sichern ist, so zwingen sie unrationell arbeitende Betriebe, die die Lohnerhöhung nicht tragen können, auszuschleichen zugunsten einer Zusammenfassung der produktiven Kräfte an der am meisten wirtschaftlich arbeitenden Stelle. Steigende Löhne sind deshalb

ein starker Motor des wirtschaftlichen Fortschritts.

Die produktionspolitisch günstige Wirkung hoher Löhne ist abhängig von ihrer Geltung für sämtliche Betriebe eines Wirtschaftszweiges. Deshalb und zur Vermeidung von Lohnunterbietungen unter dem Druck der Arbeitslosigkeit halten wir mit allem Nachdruck am Tarifvertragsprinzip fest, das heißt die Lohnfestsetzungen müssen kollektiv und für alle Betriebe eines Wirtschaftszweiges einheitlich und verbindlich erfolgen. Dieses Prinzip

schließt die Bezahlung nach Leistung nicht aus. Jedoch müssen genügend hohe Grundlöhne sowie für den Zeitlohn wie für den Akkordlohn einheitlich für alle Betriebe eines Wirtschaftszweiges kollektiv vereinbart werden. Die Vereinbarung der Lohngrundlagen, des wichtigsten Teiles im Arbeitsvertrag, kann nur die Aufgabe der zu kollektiven Regelungen des Arbeitsvertrages durch das Gesetz berufenen Tarifparteien sein. Die Versuche einzelner Unternehmer, mit den Belegschaften bzw. den Betriebsvertretungen Wertvereinbarungen abzuschließen, bedeuten eine Verletzung des Tarifvertragsgedankens und sind daher abzulehnen. Sie entspringen dem unläuterer Wunsch, Ausnahmehinrichtungen für einzelne Betriebe zu erzielen, die dem Interesse der Gesamtwirtschaft zuwiderlaufen.“

Die Einwände des Reichsverbandes gegen Schlichtung und Verbindlichklärung, weil sie einen Zwang darstellen, die sich in Wirklichkeit nicht nur gegen das Schlichtungswesen, sondern gegen den Tarifvertrag wenden, werden zurückgewiesen und die Tarifverbindlichkeit verschiedener Arbeitgeberverbände festgestellt.

Der achttündige Arbeitstag

für dessen Forderung soziale und kulturelle Momente ausschlaggebend sind, wird gegen die Anschuldigung der Unternehmer verfolgt, er beeinträchtigt die Produktion, da er in Wirklichkeit eine Förderung der Produktion und der Produktivität der Arbeit bedeutet. Die vom Reichsverband der deutschen Industrie geforderte betriebliche Regelung der Normalarbeitszeit wird grundsätzlich abgelehnt. Zusammenfassend sagen wir über Lohn und Arbeitszeit:

Die Erhöhung des Lohnniveaus ist nicht nur sozial erwünscht, sondern auch als Antrieb zur Rationalisierung und als Voraussetzung der Markterweiterung für die Gesamtwirtschaft dringend notwendig.

Die Forderung ausgefallener Tarifsysteme, des Tarifrechts und des Schlichtungswesens; gezielte Durchführung des Achttündentages und Ratifizierung des Washingtoner Abkommens.“

Die Denkschrift der Gewerkschaften kann wohl zur Klärung beitragen, was zwar nicht gering anzuschlagen ist, allein zur Durchsetzung unserer Forderungen kommt es noch wie vor auf die Geschlossenheit unserer gewerkschaftlichen Organisationen an. Sie zu verstärken, muß Aufgabe aller Gewerkschaftsmitglieder sein.

Spiegelwirtschaft im Ostram-Konzern.

Vom Deutschen Metallarbeiterverband wird uns geschrieben: Die Belegschaft des Ostram-Werks in der Helmholzstraße hatte am 27. Oktober 1925 eine Betriebsversammlung nach der Schulaula Begehovstraße einberufen, die sich mit der Auslieferung der Glasarbeiter in Bechwasser befaßte. Es sollte festgestellt werden, welche Auswirkung diese Auslieferung auf den Betrieb hatte.

Der Betriebsratsvorsitzende hatte das Referat übernommen, gab den Bericht über die Streikbewegung und kam danach auf die Organisationsverhältnisse in der Arbeiterchaft zu sprechen. Er streifte auch ganz kurz die politischen Verhältnisse, z. B. die Stadtverordnetenwahlen und Locarno, die zu der Zeit die Öffentlichkeit in Aufregung hielten.

Während dieser Ausführungen erhob sich ein gewisser Braun, Häuptling der Gelben im Werk, und rief in den Saal: „Ich stelle fest, das ist hier eine rein politische Versammlung.“

Als der Betriebsratsvorsitzende am anderen Morgen seine Quittung über die Saalmiete der Betriebsleitung vorlegte, wurde ihm die Erstattung vorläufig vorenthalten, da der Firma zur Kenntnis gekommen sei, daß in der Versammlung politische Fragen besprochen worden seien.

Am 17. Februar hatte die Belegschaft wieder eine Versammlung, die sich mit der Verkürzung der Arbeitszeit zu befassen hatte. Es sollen in der Woche 5 Tage gearbeitet werden. Für Februar sollen die Sonnabende freibleiben, während für März die Montage dazu benutzt werden sollen. So will es die Firma. Die Versammlung entschied sich einstimmig für den freien Sonnabend auch im März.

Die Angestellten des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Frieda Gladofsky, die zu dieser Versammlung erschienen war, hielt ein Referat über „Gewerkschaftliches“. Auch über den Verlauf dieser Versammlung war die Firma am nächsten Morgen, kurz nach 8 Uhr, schon eingehend unterrichtet. Die Wortwendungen, die die Referentin gebraucht hatte, scheinen dem Rechtsbeistand der Firma nicht gefallen zu haben. Vorhaltungen und Belehrungen wurden auch dem Arbeiterratsvorsitzenden zuteil.

Selbst einem Gewerkschaftsvertreter wird das Recht abgesprochen, in einer Betriebsversammlung über Gewerkschaftliches zu reden; er sei nur berechtigt, der Betriebsvertretung Rat zu erteilen. So wünscht es die Betriebsleitung. Die Arbeitervertretung ist anderer Meinung. Aber für die Firma müssen die Kosten für die Unterhaltung der Spiegel wieder herauspringen. Deshalb sucht sie unter nützigen Gründen sich von den Saalkosten zu drücken.

Der Schiedsspruch für die Nordwestliche gilt.

Dortmund, 23. Februar. (WZ). Der am 18. Februar unter dem Vorsitz des Schlichters für die Provinz Westfalen gefällte Schiedsspruch für die Metallindustrie der nordwestlichen Gruppe ist von allen beteiligten Organisationen angenommen worden.

Die Einladung zur Arbeitsministerkonferenz.

Berlin, 23. Februar. (AD). Von englischer Seite ist gemeldet worden, die Einladung zu der in London stattfindenden Konferenz der Arbeitsminister sei abgegangen. Bis heute nachmittag 5 Uhr war die Einladung in Berlin noch nicht eingetroffen.

Streik der Bauanschläger bei der Firma Gebr. Raabe, Tischlerei, Ufedorfstraße 31. Seit dem 20. Februar 1926 stehen die Anschläger dieser Firma wegen Akkordabjagens im Streik. Wir eruchen die Bauarbeiter des Baugeschäfts von Richter u. Schädle, Beamtenbauverein Pantow, Bau Binzstraße, darauf zu achten, daß keine Fenster auf dem Bau ange schlagen werden.

Die Devisenverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Deutscher Metallarbeiterverband, Sektion 17, Ubi, Straßenbahn, Sockbahn, Omnibus, Industriehaus, Morzen, Mittwoch, 7 Uhr, Gewerkschaftsraum, Saal 4, Mitglieder-Jahresversammlung.

Metallarbeitervereinsmitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Sonntag, 7. März, vormittags 9½ Uhr, in den Reichsanlagen, Landberger Str. 31, Delegierten-Vollversammlung. Alle Betriebe müssen durch ihre Delegierten vollständig vertreten sein. Auf je fünf Bundesmitglieder entfällt ein Delegierter. Die aus der Wahl hervorgerufenen Delegierten müssen im Besitz einer Vollqualifikationskarte sein, die sie vom Seilschaftsbureau, Einzelunter 23, 23, Simmes Str. erhalten. Soweit Wahlen der Delegierten noch nicht erfolgt sind, müssen sie schneidens vor sich gehen. Ohne Delegiertenlegitimation und Mitgliedsausweis kein Einlaß.

Deutscher Metallarbeiterverband, Mitglieder-Vollversammlung am Freitag, 26. Februar, 6½ Uhr, in den Reichsanlagen, Kommandantenstr. 139, Berlin, und Bezirks-Vollversammlung über das Ergebnis der zentralen Verhandlungen in Berlin. Zur Mitgliedschaft werden mit den Beiträgen nicht über 4 Wochen im Rückstände sind, haben Zutritt.

Die Branchenkommision.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Fritz Gahrmann; Gewerkschaftsbewegung: F. Gahrmann; Freiwirtschaft: Dr. John Schilling; Politik und Sonstiges: Fritz Reuter; Anzeigen: Th. Gled; Schriftlich in Berlin: Berlin: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Simon u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. Stock 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Die Wahlen im Holzarbeiterverband.

Die „Erfolge“ der Kommunisten.

Am 16. Februar fanden die Wahlen der Bezirks- und Branchenkommisionen des Deutschen Holzarbeiterverbandes statt. Die Kommunisten erheben in der „Roten Fahne“ ein lautes Siegesgeschrei und bezeichnen die Ergebnisse als beachtenswerte kommunistische Erfolge. Dazu liegt nun wirklich gar keine Veranlassung vor. Der einzige Erfolg, dessen sie sich mit Recht rühmen können, ist der im Bezirk Norden, wo es ihnen gelang, auf ihre Liste eine Mehrheit von sechs Stimmen zu vereinigen.

In der Branche der Musikinstrumentenarbeiter ist die Kommission aus gleichen Teilen von Amsterdamer Gewerkschaftlern und Kommunisten zusammengesetzt. Daß sie in der Kommission ein bis zwei Sitze mehr haben als im Vorjahre, ist lediglich auf die ganz außerordentliche Arbeitslosigkeit zurückzuführen, die von den kommunistischen Rednern in der sehr schlecht besuchten Versammlung in niedrigster demagogischer Weise auf das Schuldkonto der Richtung Amsterdamer gewälzt wurde. Es ist nur schade, daß die Arbeitslosigkeit in den kommunistisch geleiteten Gewerkschaften nicht um einen Deut geringer ist.

Wie gering der Kranz der kommunistischen Erfolge in Wirklichkeit ist, beweist, daß sie sogar in den Bezirken, die seit Jahren in kommunistischer Hand sind, die Wahlausgänge als „Erfolge“ buchen. Erheiternd wirkt der Bericht, den sie über den Bezirk Südosten Schöneberg geben. Die „Rote Fahne“ schreibt: „In dieser feinen Hochburg der Amsterdamer unterlag die Opposition mit nur wenigen Stimmen.“ Das ist buchstäblich wahr. Die Kommunisten unterlagen und hatten nur sehr wenige Stimmen.

Unsere Genossen haben alle Ursache, mit dem Ausgang der Wahlen vom 16. Februar zufrieden zu sein. Die geringen Misserfolge bedeuten nichts, da ihnen auf der anderen Seite Erfolge gegenüberstehen. So gelang es z. B. im Bezirk östliche Borste, die Kommission fast bis zur Hälfte mit unseren Genossen zu besetzen. Im Bezirk Wedding und Roabit, wo die Kom-

munisten seit Jahren ihr Unwesen treiben, blieben wir nur mit sechs Stimmen hinter den Kommunisten zurück und haben unsere Stimmenzahlen gegenüber dem Vorjahre verdoppelt. In anderen Bezirken und Branchen, die in unserer Hand sind, wurden die Mehrheiten ebenfalls erheblich größer, der kommunistische Einfluß ist zum Teil ganz zurückgedrängt.

Wenn man die Verhältnisse im Gewerbe berücksichtigt und die Tatsache nicht übersehen, daß rund 15 000 Arbeitslose vorhanden sind, bei denen die Kommunisten natürlich die intensivste demagogische Agitation betreiben haben, so kann man auf Grund dieser Wahlergebnisse vertrauensvoll an die Wahlen zum 9. März herangehen, an welchem Tage die Generalversammlung delegierten gewählt werden. Wenn jeder Genosse seine Pflicht tut, wird es möglich sein, die Zusammensetzung der Generalversammlung zu halten und selbst noch zu unseren Gunsten zu verändern.

Tänzler ging, Meißinger bleibt.

Berlin, 23. Februar. (AD). Im Zusammenhang mit dem Rücktritt mehrerer Persönlichkeiten aus den leitenden Kreisen der Arbeitgebervereine dürfte es bei der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände in der nächsten Zeit, wie wir hören, zu einer Umorganisation von ziemlichen Ausmaßen kommen. Der Posten des zuerst im Zusammenhang mit den Fingergeldern zurückgetretenen Herrn von Zengen wird nicht neu besetzt und die Propaganda-stelle soll überhaupt aufgelöst werden. Ihre restlichen Aufgaben werden voraussichtlich durch die von Herrn von Radenien geleitete Presseabteilung mit erledigt werden. Im übrigen dürfte auch in anderen Abteilungen ein weitgehender Personalabbau vorgenommen werden, doch sind bisher Kündigungen noch nicht ausgesprochen. Ob sich dieser Personalabbau nur auf die unteren Angestellten erstrecken wird oder auch leitende Persönlichkeiten betrifft, ist noch nicht geklärt. Gerüchte über das Ausscheiden des Dr. Meißinger werden bekümmert. Dr. Meißinger hat die Aufgabe zugewiesen erhalten, den Nachfolger Dr. Tänzlers, Präsident Brauweiler, in sein Amt einzuführen.

3 Reste-Tage

Februar
24
Mittwoch

Februar
25
Donnerstag

Februar
26
Freitag

Sonder-Angebote

Angestaubte Damen-Wäsche, darunter Hemden und Kleider, aussergewöhnlich billig... Stück von	95 Pf.
Herren-Wäsche, darunter angestaubte wollene Oberhemden mit Plakat- od. Damastrefineinsatz, m. Klappmanschetten	5⁷⁵ Pf.
Bettwäsche, angestaubt, besonders billig, darunter Kopfkissenbezüge, Größe ca. 80x90 cm... Stück von	95 Pf.
Stubenhandtücher, angestaubt, darunter Brusthandtücher... Stück von	58 Pf.
Wischtücher, einzeln, blau und rot kariert, gesamt und gebündelt... Stück von	35 Pf.
Kaffe servietten, einzeln, reinweiß, Damast, m. Hohlraum, vollweiß gebf., ca. 36x36, Stück	58 Pf.

Baumwollwaren-Reste
Kleiderstoff-Reste
Seidenstoff-Reste
Möbelstoff-Reste
Gardinen-Reste
Spitzen-Reste
Band-Reste

Sonder-Angebote

Leicht angestaubte Wäschestoffreste... Meter von	40 Pf.
Baumw. Kleiderstoff-Reste... Meter von	50 Pf.
Kleiderstoff-Reste, darunter Schotten und Streifen... Meter von	70 Pf.
Seidenstoff-Reste... Meter von	1²⁵ Pf.
Vollvoile-Jumper, angestaubt, mit Kinnaten reich garniert, ganz besonders preiswert	2⁵⁰ Pf.
Taschentücher für Damen, Herren u. Kinder, angestaubt, darunter Damen-Tücher, weiß Halb- u. mit Hohlraum, von	8 Pf.

Einzelne Tischtücher u. Servietten leicht angestaubt, besonders preiswert

HERMANN TIETZ

Ein Ohrfeigenurlaub.

Folgende Geschichte hat sich in einem Großbetrieb der Berliner Metallindustrie in einem Verwaltungsgebäude, in welchem circa 4000 Stechtrugproleten beieinanderhocken und ihren Geist für den deutschen Kapitalismus leuchten lassen, abgepielt. Ein Leut dieser Leute trägt das Hakenkreuz, den Stahlhelm oder die Radel mit dem offenen „D“ auf ihrem abgeschabten Kopf. Der Betrieb ist durch den Plan einer Feme-Morität, die an Streikemann verübt werden sollte, berühmt geworden. Gott sei Dank, ist die Zahl der Hakenkreuzjünglinge nicht allzu groß.

Da sitzt der Allgemaltige hinter seinem Glasfaßten. Er ist groß, schlant, dunkelblond, er trägt einen graumelierten Spitzbart und ist deutschhöflicher Gesinnung. Es war an einem schönen Septembertage. Es tritt der Angestellte, nennen wir ihn Krause, in die Geistes-schmiede seines Abteilungschefs ein. Er bittet höflich um seinen schon mehrfach zurückgestellten Urlaub.

Der Chef: „Nein, das geht noch nicht, kommen Sie nochmal im nächsten Monat wieder.“

Der Angestellte tritt ab.

Ende Oktober! Der Angestellte Krause tritt bei seinem Chef ein: „Ich möchte mir die ergebenste Anfrage erlauben, kann ich im November in Urlaub gehen?“

Der Chef: „Wann wollen Sie denn gehen?“

Krause starrt errötend: „Ich möchte am 6. November 1925 an einer Familienfeier in Kottbus teilnehmen.“

Der Chef: „Fahren Sie in Gottes Namen. Kommen Sie vorher einen Tag vorher noch zu mir, damit ich disponieren kann.“

Am 5. November, morgens 10 Uhr! Krause betritt das abgeschlossene Gemach seines Chefs.

Der Chef: „Na, Krause, was wollen Sie schon wieder?“

Krause: „Ich wollte Sie nur daran erinnern, daß ich morgen meinen Urlaub anreize.“

Der Chef springt auf: „Wer hat Ihnen den Urlaub erteilt? Sie unverschämter Mensch, belästigen Sie mich nicht dauernd mit Ihrem Urlaub!“

Krause: „Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie mir den Urlaub Ende Oktober bewilligt hatten. Im übrigen verweise ich Sie darauf, daß mir der Urlaub tariflich zusteht und ich ihn im Interesse des Geschäfts mehrmals zurückgestellt habe.“

Der Chef: „Was gehen mich Ihre Novembergehe und Tarifverträge an? Für mich existiert es etwas nicht. Hier haben Sie unverschämter Mensch meine Antwort!“ Er geht auf Krause zu, verleiht ihm eine kleine Ohrfeige, die noch mehrere Tage zu sehen war.

Krause tritt ab, erhebt Beschwerde beim Betriebsrat wegen dieser Art der Behandlung.

Die Direktion verfügt einen sofortigen sechswöchigen Erholungsurlaub, natürlich für den Herrn Chef, damit er seine angegriffenen Nerven wieder in Ordnung bringen kann.

Die Moral von der Geschichte: Jeder höhere Angestellte wird, wenn er im Jahre mehrmals Urlaub haben will, so verfahren, wie jener Herr Chef; er darf dann damit rechnen, daß er außerdem bald Protura erhält oder Direktor wird.

Die Angestellten fragen in Zukunft nicht mehr nach ihrem tarifmäßigen Urlaub, sonst bekommen sie eine von ihrem Chef runtergehauen.

Die Firma spart dadurch an Gehältern und an Steuern.

Männer und Frauen in der Bevölkerung Berlins.

Die vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten vorläufigen Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 16. Juni 1925 weisen für Berlin eine ortsnunehmende Bevölkerung von 3931071 Personen nach. Darunter waren 1808368 männliche und 2122703 weibliche Personen, so daß die weiblichen den männlichen um 314335 voraus waren. Zugewonnen hat die Gesamtbevölkerung gegenüber der Zählung von 1919 um rund 127300, gegenüber der Zählung von 1910 um rund 196800. Von 1910 bis 1919 hatte, unter dem Einfluß des Krieges, die Zunahme nur rund 69500 betragen. Die männliche Bevölkerung allein hatte von 1910 bis 1919 eine Abnahme um 56100, von 1919 bis 1925 eine Zunahme um 86500, das ergibt von 1910 bis 1925 eine Zunahme um nur 30400. Dagegen hatte die weibliche Bevölkerung allein von 1910 bis 1919 eine Zunahme um 125600, von 1919 bis 1925 eine Zunahme um nur 40800, zusammen von 1910 bis 1925 eine Zunahme um 166400. Von 1910 bis 1925 mehrte sich die männliche Bevölkerung um nur 1,71 Proz., die weibliche aber um 8,51 Proz., die gesamte Be-

völkerung um 5,3 Proz. Im Gebiet des heutigen Berlin kamen auf je 1000 männliche Personen in 1910 1100 weibliche, in 1925 aber 1174 weibliche.

Die Hochbahngesellschaft lehnt ab!

Das Angebot der Stadt Berlin war am Dienstag vormittag etwa nach 11 Uhr bei der Deutschen Bank und bei der Hochbahngesellschaft eingegangen. Die Direktion der Hochbahngesellschaft wird sogleich zu einer Aufsichtsratsitzung einladen, in der sie die Gründe darlegen wird, aus denen sie ein Angebot, das den Aktionären nicht den vollen Parti-Kurs für eine Aktie exklusive Dividende für 1925 bietet, für unannehmbar hält. Was das Geldbedürfnis der Stadt für den Bau der UEB-Bahn betrifft, so hat die Deutsche Bank sich erboten, für den Fall, daß die Verhandlungen zwischen der Stadt und Hochbahn scheitern sollten, sie auch bei Anleiheverhandlungen auf jeder anderen Grundlage zu unterstützen.

Die Steuerunterschlagungen beim Magistrat.

5000 Mark Belohnung.

Zu den Unterschlagungen beim Magistrat erfahren wir, daß die Bezirksämter Kreuzberg und Berlin Mitte nunmehr eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt haben. Sie ist für Mitteilungen bestimmt, die zur Aufklärung der von den Stadtinspektoren Gerhardt und Schulz begangenen Veruntreuungen dienen und für Fingerzeige, die zur Ergreifung der beiden Defraudanten führen können. Nach einer der Kriminalpolizei zugegangenen Mitteilung sollen die Flüchtigen sich nach Hamburg gewandt haben. Ob sie zu dieser Fahrt das von ihnen in Berlin oft benutzte Privatauto genommen haben, steht noch nicht fest. Allen Anschein nach streben Gerhardt und Schulz einem Hafen zu, wo sie verhaften werden, nach dem überseeischen Ausland zu entkommen. Die Ermittlungen nach dieser Richtung sind in die Wege geleitet.

„Die roten Stadtinspektoren.“

Die virtuos entwickelte Fähigkeit der Rechtspresse, die Tatsachen strupplos auf den Kopf zu stellen, wenn der Zweck die Mittel heiligt, ist sprichwörtlich geworden. Eine neuerliche Talentprobe auf diesem Gebiet leistet sich die „Deutsche Zeitung“ in ihrer Abendausgabe vom Dienstag. Unter der fetten Ueberschrift „Die Autofahrten der roten Stadtinspektoren“ berichtet das Verleumdungsblatt davon, daß Schulz und Gerhardt, die beiden Defraudanten, im Besitze eines eigenen Autos gewesen wären. Jedermann weiß zwar, daß die flüchtigen ungetreuen Stadtinspektoren deutschnational und antirepublikanisch bis auf die Knochen waren, daß Hugenbergs „Votat-Anzeiger“ und die nämliche „Deutsche Zeitung“ die politische Kost der beiden Betrüger gewesen sind. Dem monarchistischen Organ scheinen diese erwiezenen Tatsachen völlig gleichgültig. Bei der krankhaften Sucht, alles Unlaubere der Sozialdemokratie und der Republik anzuhängen, darf die Wahrheit auch nicht die mindeste Rolle spielen. Die herrschhaften Schänen ihre Leser wirklich saudumm ein. Und es scheint doch, sie haben recht.

„Deachemie.“

Eine „Geschäftsverbindung mit der Sowjetrepublik“ bildete für die „Direktoren“ Artur Schymura aus Leipzig und Schwandner aus Berlin die Grundlage für ein raffinieretes Schachtel-system von Betrugsereien. Beide, die jetzt als Angeklagte vor dem Schöffengericht Charlottenburg erscheinen mußten, hatten eine deutsch-amerikanische Chemikalien A.-G., „Deachemie“, gegründet und mit der Sowjethandelsvertretung einen Vertrag über Lieferung von 200 Tonnen Pottasche abgeschlossen. Die Handelsvertretung war aber so vorsichtig nicht zu liefern, ehe sie Geld erhielt, da nach den Befundungen des Beamten Lennbaum die Auskünfte dahin lauteten, daß die Angeklagten nicht soviel Pfennige besäßen, als sie englische Pfunde dafür zahlen sollten. Das schied die beiden Direktoren aber nicht an, denn es war ihnen nur darauf angekommen, mit Hilfe des Briefwechsels ihr Betrugs-system weiterzuerfolgen, bis es ihnen gelungen war, jemand hineinzulegen. Zunächst verkauften sie von ihrem Lager an eine Berliner Firma 20 Tonnen Pottasche. Mit dem erhaltenen Scheck erwarben sie einen größeren Posten Weiskaff. Obwohl sie wußten, daß der Scheck bis zur Lieferung gesperrt war, benutzten sie den

erhaltenen Weiskaff, um das Weiskaff weiterzuverkaufen. In diesem Falle fiel eine Firma hinein und zahlte den Betrag, womit die Angeklagten ihr Ziel erreicht hatten. Mit ihren Freundsinnen wurden flugs wüste nächtliche Selbstage veranstaltet. Staatsanwaltschaftsrat Horn kennzeichnete den Angeklagten Schymura, der die Seele des Schwindelunternehmens bildete, als den größten Gauner, den er je gesehen habe. Das Schöffengericht Charlottenburg verurteilte Schymura zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, Schwandner zu 9 Monaten Gefängnis.

Unter der Spree.

Der Fußgängertunnel bei Friedrichshagen.

Der im Bau begriffene Fußgängertunnel bei Friedrichshagen wird unmittelbar am westlichen Ausfluß des Müggelsees unter der zwischen Friedrichshagen und dem Restaurant Müggelschlöchen vorhandenen Fährinne geschaffen werden. Er erhält eine Gesamtlänge von 120 Meter, von denen auf die Treppenanlagen 40 Meter und auf das eigentliche Tunnelstück 80 Meter entfallen. Der lichte Querschnitt weist 5 Meter Breite bei 2,5 Meter Höhe auf. Die Treppenanlage besteht aus je vier Treppenanläufen und drei Podesten mit zusammen 50 Stufen. Der Zugang zum Tunnel auf der Friedrichshagener Seite erfolgt durch eine 8 Meter breite Promenade durch das Grundstück Waldowstraße 4, dessen größerer Teil zu einem öffentlichen Park umgewandelt werden soll. Auf der Seite des Müggelschlöchens muß ein besonderer Zugang durch Herstellung eines Uferweges vor dem Restaurationsgrundstück geschaffen werden. Dieser Uferweg führt zu dem jetzigen Fährland und hat Verbindung zu dem Badgelände, jedoch bleiben hier die Dampferanlegestellen und die Bootsstände in ihrer jetzigen Form bestehen. Der Bau des Tunnels erfolgt in zwei Hauptabschnitten, wobei jedesmal die Hälfte der Flußrinne zur Verfügung der Schifffahrt bleibt. Für die Gründung der beiden Bauabschnitte ist ein bisher bei Tunnelbauten noch nicht ausgeführtes Verfahren gewählt worden, welches von der in Berlin bekannten offenen Bauweise zwischen Spundwänden unter künstlicher Absenkung des Grundwasserspiegels wesentlich abweicht. Das Verfahren ist der Gründung von Brückenpfeilern mit Hilfe von Senkfältern unter Druckluft entnommen. Sein Hauptvorzug besteht in der absolut sicheren und gefahrlosen Durchführung. Wassereinbrüche, wie sie bei der offenen Bauweise stets zu befürchten sind, sind bei diesem Verfahren ausgeschlossen. Das Bauwerk wird an drei Stellen über Wasser auf einer künstlich geschütteten Halbinsel hergestellt und nach der Fertigstellung abgefenkt. Das Abfenken wird dadurch erreicht, daß das Erdreich, welches sich in der unter dem Tunnel angeordneten, unten offenen Arbeitskammer befindet, aus dieser entfernt wird, wobei das Bauwerk infolge seines Gewichtes allmählich in seine endgültige Tiefenlage sinkt. Die Bauzeit ist auf zwölf Monate berechnet, so daß die Eröffnung des Tunnelverkehrs im Frühjahr 1927 zu erwarten ist. Bisher ist der Verkehr an dieser Stelle durch eine Fähre bewerkstelligt worden, die jedoch den von Jahr zu Jahr steigenden Anforderungen des Ausflügerverkehrs nicht mehr gewachsen ist.

Die Zahl der Ausflügler ist im letzten Jahr bis auf Vierzigtausend an einem Tage gestiegen; gleichzeitig hat auch der Sportverkehr an dieser Stelle stark zugenommen, so daß die Möglichkeit eines Unfalls wegen der sich kreuzenden Verkehrsrichtungen nicht von der Hand zu weisen war. Demgegenüber spielt der Wogenverkehr eine untergeordnete Rolle. Der Tunnel dient daher auch nur der sicheren Ueberleitung des Fußgängerverkehrs. Für den Fuhrwerksverkehr bleibt die Fähre wie bisher bestehen.

Notstandsarbeiten in der Wuhlheide.

Die Park- und Friedhofsdeputation des Bezirksamtes Treptow führt als Notstandsarbeit die Umgestaltung der Wuhlheide in einen Volkspark durch. Das Projekt wurde im Jahre 1922 aufgestellt und von dieser Zeit an durch Notstandsarbeiter teilweise ausgeführt. Es sind von der 175 Hektar großen Fläche bisher 46 Hektar fertiggestellt, die zum Sommer der Bevölkerung zur Benutzung freigegeben werden. Die fertigen Anlagen enthalten große Volks- und Lummelwiesen, ein Planschdecken mit Strand, eine Sportwiese, einen Buddelplatz, ferner einen Heckengarten und eine Robelbahn, die vergangenen Winter schon ausgiebig benutzt wurde. Von den zurzeit beschäftigten 120 Erwerbslosen wird eine große Wald- und Volkswiese hergestellt, die jung und alt als Lummelplatz dienen soll. Angegliedert an die Waldwiese wird ein Turn- und

Onkel Moses.

Roman von Schalom Msh.

Dann rief Onkel Bert Charlie, seinen einzigen Sohn, beiseite und sprach zu ihm:

„Ich habe nur eine Bitte an dich. Freilich, ich hätte gewünscht, es wäre anders... ich kann ja nichts tun. Aber das eine versprich mir, versprich es mir mit Handschlag, daß du es halten wirst: Wenn du hörst, daß alles vorüber ist, sage den Kadisch für mich. Versprich es mir, mein Sohn...“

Die Landsleute standen beim Schiff und sahen der Szene zu; alle wußten, was der Vater jetzt von seinem Sohne verlangte, und alle erinnerten sich an ihre eigenen Kinder, alle dachten daran, wie fern und fremd ihre Kinder ihnen in Amerika geworden waren. Und die Landsleute begannen zu seufzen. Da und dort wurde heimlich eine Träne aus den Augen gewischt, und einer flüsterte dem anderen zu:

„Ist denn mein Sohn besser? Oder deiner?“

Charlie, welcher in den paar Jahren zu einem großen und hageren Burschen mit zwei kräftigen Händen und einer breiten, knochigen Brust herangewachsen war, stand da wie eine Statue. Er begriff, daß der Vater etwas Heiliges und Teures von ihm verlangte. Er hatte Mitleid mit ihm und nickte zustimmend mit dem Kopfe, doch sprach er kein Wort. Er konnte dem Vater gar nichts sagen, denn der Vater war ihm wahrhaftig fremd.

Die Mutter liebte er, weil sie sich stets seiner angenommen und ihn gegen die älteste Schwester verteidigt hatte. Doch der Vater mit seinem Beten, Lernen und seinem ewigen Frommsein — was konnte er für den Vater empfinden?

Die Schwiegerjöhne standen in einem Winkel und sprachen leise miteinander; sie sammelten Geld und der älteste Schwiegerjohn, der aus Galizien, überreichte es Bert:

„Schwiegervater, das habt Ihr, wenn es nach hundertzwanzig Jahren nötig ein sollte, und Ihr sollt...“

„Für das, was nach hundertundzwanzig Jahren nötig sein wird, brauche ich kein Geld; dafür habe ich mir, Gott sei Dank, selbst etwas von meiner Arbeit erspart.“ Onkel Bert zog einen kleinen Geldbeutel hervor, den er auf der Brust trug, „aber bis es nach hundertundzwanzig Jahren so weit ist, bis dahin verlaßt mich nicht. Lange wird es bis zu den hundertundzwanzig Jahren nicht mehr dauern... das spüre ich schon...“ Onkel Bert lächelte heiter.

Als er von seiner Frau Abschied nahm, da verstand das

alte Paar erst, was Amerika für sie bedeutet hatte. Sie hatten ihre Kinder nach Amerika gebracht. Die Kinder hatten ihnen Amerika genommen. Aber sie selbst spie Amerika wieder aus und warf sie wie einen wertlosen, nutzlosen Fetzen wieder weg. Amerika hatte sie in ihren alten Tagen getrennt. Doch aus der alten Mutter zieht es noch ein wenig Ruhen. Den alten Vater aber schickt es heim zum Sterben.

„Der Tod hat uns nicht trennen können, und Amerika hat uns getrennt.“ rief Genendel und wußte nicht recht, was sie damit meinte; doch sie fühlte in sich einen großen Haß gegen das Land, welches ihr alles genommen hatte, ihre Kraft, ihr Leben und ihre Kinder, welches das ausspielt, was es nicht mehr braucht...

Doch bald wurde es fröhlich beim Schiffe. Onkel Moses kam mit dem zweiten „Toten“. Der alte Melnik war sinnlos betrunken. Er hielt den Beutel mit dem Geld in der Hand, das er für sein Begräbnis zusammengesparrt hatte, klamperte mit dem Gelde und schrie den Sohn an:

„Jetzt brauche ich dich zum Krenreiben, du Pharaon, König von Aegypten, samt deinem ganzen Königreich Amerika von Hodu bis Rusch. Das Begräbnisgeld habe ich mir selber zusammengesparrt. Ich habe es mir erarbeitet, mit eigenen Händen, bei der Grießmühle. Wozu und weshalb brauche ich dich?“

„Komm, Berl, komm zurück nach Rusmin!“ er zog Bert beim Ärmel. „Bleib gesund, Pharaon“, rief er dem Sohne zu, „und ihr, Landsleute, ihr Knechte in Aegypten, gehet zurück zum Pharaon in die Fron.“

Als das Schiff mit den „zwei Toten“ abfuhr, standen die Landsleute lange am Ufer und sahen ihm mit sehnsüchtigen Blicken nach. Gar mancher beneidete die „Toten“, daß sie ruhig dem Friedhof von Rusmin zusteueren und nicht zum Pharaon von Aegypten zurückkehren mußten.

Alle waren traurig. Sogar Onkel Moses war traurig geworden und blickte dem Schiffe mit den „Toten“ nach. Jeder von den Landsleuten dachte an sein eigenes Ende, dachte an den Augenblick, da er mit dem Schiff heimkehren würde...

Abwärts von allen aber standen Mascha und Charlie, die beiden erwachsenen Kinder, die schon in Amerika aufgewachsen waren. Sie gingen einander im Wachs, als wären ihre stolzen, jungen Köpfe miteinander emporgehockt. Ihre Schultern lagen in gleicher Höhe. Die beiden jungen Menschen begegneten einander zum ersten Male, seit sie erwachsen waren, beim Begräbnis der Alten.

Und die Jugend zog eines zum anderen. Sie sahen nicht, wie das Schiff mit den „Toten“ abfuhr. Sie sprachen eifrig miteinander und lachten hell, wobei eines dem anderen weiße, junge, starke Zähne wies. Die Landsleute hörten ihr Lachen, sahen sich um, und einer sprach zum anderen:

„Run, da hast du es, Amerika! Rummert sie denn etwas? Wiffen sie denn von etwas? Der Vater fährt heim, und er steht mit einem Radel da und lacht.“

„Sie gehören ja zu einer ganz anderen Welt, ganz andere Menschen sind sie, was willst du von ihnen?“ lautete die Antwort.

Zweiter Teil

1. Er wird Kinder haben.

Am frühen Morgen erschien Onkel in seinem Geschäft; er trug einen weißen Anzug und erfüllte den ganzen Laden mit Colgates Rosenparfüm, dessen Geruch er auf weite Entfernung ausströmte. Seine Spiegelblanz glänzenden, neuen, gelben Schuhe verrieten mit ihrem schweren Knarren — da geht Onkel Moses! Sein breites, dickes Gesicht glänzte, frisch rasiert, spiegelglatt wie ein Fisch, der soeben aus dem Wasser gezogen wurde. Er nahm seinen mächtigen Panamahut ab und fuhr mit einem Batisttaschentuch über den verschwitzten Kopf und den heißen Nacken, der geradezu gefocht auslachte. Die Angestellten drückten sich vor Furcht in die Ecken und machten sich bei den Anzügen, den Hosen und Röcken zu schaffen. Onkel Moses blieb mitten im Geschäft stehen, blickte sich nach allen Seiten um und betrachtete die „Familie“, die bei ihm arbeitete. Seinen Leuten schien dieser musternde Blick ein Jahr lang zu dauern. Onkel Moses winkte mit zwei Fingern Sam heran, dem er das größte Vertrauen schenkte, und fragte:

„Alles alright?“

„Yes, Onkel, antwortete Sam.“

„Was macht Rusmin?“ Onkel Moses deutete mit dem Finger in die Höhe.

„Sie nähren die Winterröcke Nummer 53.“

„Gut, schau dazu, daß sie vorwärts kommen. Rusmin kann ja nur schwitzen und schlafen. Schau zu, daß du aus dem Stoff etwas herausschlägst. Schneide daraus so viel Röcke, wie nur möglich, Freund, und schau, daß du was herausschlägst.“

„Allright, Onkel.“

„Ich bleibe heute den ganzen Tag fort. Gib acht, Sam. Alles alright?“

„Yes, Onkel.“

(Fortsetzung folgt.)

Zwei Freunde.

Von Maxim Gorki.

Uebersetzt von Gertrud Haase.

„Auch abgemagert,“ bemerkte der Pfiffer.
„Komm, komm!“ lachte der Schnadler.
Das Pferd blinnte auf, und indem es wie vernennend den Kopf schüttelte, bog es ihn von neuem zur Erde.
„Es will nicht zu dir,“ erklärte der Pfiffer die müde Bewegung.
„Sag uns gehen! . . . Wenn man es zu den Tartaren brächte, bekäme man vielleicht an die sieben Rubel,“ sagte gedankenvoll der Schnadler.
„Das geben sie nicht. Was haben sie denn von ihm?“
„Aber das Fell?“
„Das Fell? . . . Gib's denn soviel für das Fell? . . . Drei Rubel höchstens.“
„Ru!“
„Ja, was? . . . Was hat's denn für ein Fell? . . . Ein alter Fuchslappen, aber kein Fell.“
„Immerhin kriegt man was.“
„Ja, das freilich.“
Der Schnadler schaute seinen Kameraden an und sagte im Stehenbleiben: „Ru?“
„Zu mühsam,“ entgegnete unentschlossen der Pfiffer.
„Warum?“
„Da gibt's Spuren, der Boden ist weich. Man wird sehen, wo wir's hingebacht haben.“
„Wir ziehen ihm Bastische an.“
„Wie du willst.“
„Run also. Wir treiben es in den Wald und dort warten wir im Grund die Nacht ab. Und bei Nacht führen wir es heraus und bringen es zu den Tartaren. Das ist nicht weit, vielleicht drei Berst.“
„Gut,“ nickt der Pfiffer. „Sag uns gehen. Der Spatz in der Hand. . . Wenn's nur nicht schief geht.“
„Es wird schon nichts geben,“ jagte bestimmt der Schnadler. Sie bogem vom Weg ab, und indem sie sich nach allen Seiten umschauen, gingen sie in den Wald. Das Pferd schaute sie an, schnaubte, schlug mit dem Schwanz und begann von neuem das verblühen Gras zu rupfen.
Drunten im tiefen Waldgrund war es feucht, still und voll Dämmerung. Das Rauschen des Bächleins ging durch die Stille, einformig und traurig wie eine Klage. Von den schroffen Hängen herab hingen die tohlen Zweige der Haselnuß, Schneeballen und Geißblatt. Hier und da wirres Wurzelwerk, vom Frühlingregen Klagewaschen. Der Wald war noch tot. In der Dämmerung des Abends erschienen die leblofen Farben noch eintöniger und die verweirte Stille in seinem Schatten gab ihm die traurig-festliche Ruhe eines Friedhofs.
Die beiden Freunde sahen lange in der feuchten Dämmerung unter den Epen, die da mit einem gewaltigen Stück Erdboden in die Tiefe gerutscht waren. Vor ihnen brannte hell das kleine Lagerfeuer, an dem sie sich ihre Hände wärmten und in das sie von Zeit zu Zeit kleine Zweige hineinwarfen, um es in gleichmäßigem Brand zu halten und den Rauch zu vermeiden. Nicht weit von ihnen stand das Pferd. Das Maul mit einem Kermel von den Pumpen des Pfiffers umwickelt, hatten sie es mit dem Halfter an einen Stamm gebunden.
Der Pfiffer kauerte am Lagerfeuer, schaute gedankenvoll in die Glut und pffif sein Lied. Sein Kamerad hatte sich ein Bündel Weidenruten geschnitten, aus denen er einen Korb flocht, und schweig, ganz in seine Arbeit versunken.
Das melancholische Rauschen des Baches und das traurige Lied des unglücklichen Menschen verschmolz zu einer kläglichen Melodie, die durch den laufflofen oberirdischen Wald schwebte. Hin und wieder trachten und zischen die Kiste im Feuer und es klang wie Seufzer.
„Run, gehen wir bald?“ fragte der Pfiffer.
„Noch zu früh. Wenn es ganz dunkel ist, wollen wir gehen,“ antwortete der Schnadler, ohne den Kopf von der Arbeit zu erheben. Der Pfiffer seufzte und mußte wieder husten.
„No, du frirst wohl?“ fragte ihn der Freund nach langem Schweigen.
„Ree, mir ist so grämlich zumute. . .“
„Schau, schau,“ sagte der Schnadler und schüttelte den Kopf.
„Es nagt mir am Herzen. . .“
„Die Krankheit?“
„Sie wird's wohl sein. . . Vielleicht ist's auch was anderes.“
Der Schnadler schweig eine Weile, dann sagte er: „Denk nicht dran!“
„An was?“
„An alles!“
„Siehst du,“ sagte da auf einmal angeregt der Pfiffer, „ich kann nicht, nicht dran denken. Wenn ich es so anschau,“ und er machte eine Handbewegung nach dem Pferd. „So anschau und sehe, — auch ich hatte mal so eins. Es war zwar ein Heimtücker, aber bei der Arbeit wie der Teufel. Ich habe sogar ein Paar gehabt, tüchtig hab' ich damals gearbeitet!“
„Und was hast du dir erarbeitet?“ fragte kurz und kalt der Schnadler. „Das mag ich nicht an dir. Siehst den Dubelack auf und schämst. Zu was das alles?“
Der Pfiffer warf schweigend eine Handvoll kurz gebrochener Roste ins Feuer und schaute zu, wie die Funken aufstoben und in der feuchten Luft erlöschten. Seine Augen zwinkerten oft und über sein Gesicht huschten zillige Schatten. Dann drehte er den Kopf dahin, wo das Pferd stand und betrachtete es lange.
Es stand unbeweglich, wie angewurzelt und ließ den Kopf, der durch den Widel entstellte war, hängen.
„Man muß einfacher denken,“ sagte rasch und eindringlich der Schnadler. „Unser Leben — Tag und Nacht. Schon ist's vorbei — hat man was zu beißen, ist's gut, hat man nichts, dann stöhnt man halt und hört wieder auf, denn es nißt ja nichts. Wenn du aber anfängst. . . kann einem übel werden. Das kommt bei dir von der Krankheit.“
„Das muß wohl von der Krankheit sein,“ stimmte kleinlaut der Pfiffer zu, aber nach einem kurzen Schweigen sagte er: „vielleicht kommt's auch vom schwachen Herzen.“
„Das Herz kommt von der Krankheit,“ erklärte der Schnadler. Er durchstieß mit den Zähnen eine Rute, ließ sie durch die Luft pfeifen und sagte streng: „Ich bin gesund und hab' nicht so was.“
Das Pferd trat von einem Fuß auf den andern, ein Zweig machte, ein Klumpen Erde rollte langsam in den Bach und brachte

einen neuen Ton in seine einformige Melodie. Dann stiegen zwei Vögel auf und jagten mit scheuem Zirpen den Graben entlang. Der Pfiffer sah ihnen nach und begann leise:
„Was sind das für Vögel? Wenn es Stare sind, dann haben sie im Wald nichts zu suchen. Die halten sich bei den Wohnungen auf. Man muß wohl annehmen, daß es Seidenschwänze sind. Die müssen es schon sein.“
„Oder es sind am Ende Kreuzschnäbel,“ sagte der Schnadler.
„Für die Kreuzschnäbel ist es zu früh und außerdem nißt die Kreuzschnäbel im Fichtenwald. Die haben hier nichts verloren. Es ist schon nicht anders, es sind Seidenschwänze!“
„Run laß sie halt.“
„Da natürlich,“ willigte der Pfiffer ein und mußte aus irgendeinem Grunde schwer aufatmen. Unter den Händen des Schnadlers rückte die Arbeit rasch vorwärts. Er hatte schon den Boden des Korbes geflochten und machte nun geschickt die Seiten. Mit dem Messer durchschnitt er die Ruten, durchstieß sie mit den Zähnen, bog



Das Unfassbare . . .

und hand hastig mit den Fingern, wobei er durch die Nase schnaubte, daß die Barthaare sich sträubten.
Der Pfiffer sah bald auf ihn, bald auf das Pferd, das wie aus Stein gemeißelt da stand, bald nach dem Himmel, der schon dunkel, aber ohne Sterne war.
„Wenn nun der Bauer sich auf sein Pferd besinnt,“ begann er plötzlich mit sonderbarer Stimme, „und es ist nicht da. — Hier ist es nicht und dort nicht.“ Und er breitete die Arme und hob die Schultern. Sein Gesicht war töricht und die Augen zwinkerten, als schauten sie in etwas Greuliches, das plötzlich vor ihnen aufleuchtete.
„Was soll das jetzt?“ fragte ärgert der Schnadler.
„Es fiel mir eine Geschichte ein,“ sagte verschüchtert der Pfiffer.
„Was für eine?“
„Ja, da ist auch einmal ein Pferd fortgegangen bei meinem Nachbar, dem Michail; das war so ein großer Kerl, blatternarbig. . .“
„Run und . . . ?“
„Run, sie haben's fortgebracht. Auf der Winterhoat hatte es geweilt und auf einmal war es weg. Da ist er, der Michail, wie er es merkte, daß er kein Pferd mehr hatte, platt auf die Erde gestürzt. Und wie er da heulte, ach du mein Lieber, wie hat dir der da geheult und schlug hin, als hätte man ihm die Beine abgehauen. . .“ (Fortsetzung folgt.)

Deutsche Kleinstadt.

Von Erich Gottgetreu.

Haben Sie schon einmal ein Feuilleton über Zwickau gelesen? Nein? Wie, Sie bedauern Ihre Unbedachtigkeit? O, Ihr Bedauern ist nicht nötig, denn Ihre Unkenntnis dient mir zum Beweis für die Richtigkeit und Wichtigkeit meiner Anklage.
Warum sollen eigentlich immer nur Kluge Aufsätze über diejenigen Städte geschrieben werden, die einem „interessant“ erscheinen und aus denen zu stammen gleichsam schon eine Empfehlung darstellt? Immer nur über Berlin, Schwabing, Dresden, Paris, New York und London? Ist das nicht im höchsten Grade ungerecht? Ich selbst bin beispielsweise aus — nein, ich sag' es nicht — und ich protestiere im Namen aller städtisch Kinderbemittelten gegen diese einseitige Bevorzugung der Schönheiten und Reichtumsproben unter den Städten. Dichter, Ihr sinte nicht, wenn Ihr einen Feuilleton-Ton tiefer singt!
Die triftige Kohlengrubenstadt Zwickau, von der mein Lied heute künden soll, gehört ja wirklich nicht zu den Edelsteinen der Welt. Eng und klein und grau quetschen sich die Häuser in schmalen Straßen und Gassen, und man braucht gar nicht erst große Studien zu machen, um festzustellen, wie überall das Elend des Hungers, der Krankheit und des Schmutzes drückt und zehrt. Unheimlich, wie die Stille der Nacht hier geistert. Nur selten geht noch nehm Ihr ein Mensch noch auf der Straße, und die Gaslaternen flackern an den Strahlenden wie sterbensmatt. Nicht einmal in den Vergnügungstätigkeiten kommt rechte Freude auf. Ueberall stiert Dämonstritte.
Wie schlimm die Wirtschaftsnat am Lebensmarkt der Bergarbeiterkategorie fröhlich ist bekannt. Wer keine Kohlen gräbt, ist nicht besser dran. Von den beiden großen Automobilfabriken am Ort steht die eine augenblicklich unter Geschäftsaufsicht, während die Leitung der anderen noch hofft, wieder auf einen grünen Zweig voller beschäftigungsverstehender Aufträge zu kommen. Viele tausend Arbeiter sind einstweilen in „Ferien“ geschickt worden. . .
Wird es dem Hungernden Trost sein, daß fast an jedem Tag Gläubige, Einjältige, Kinder und Narren den Kultus irgendeiner

Seite pflegen? In Zwickau blüht und wuchert religiöser Kult in tausend Winkeln, das war wohl schon so zu Zeiten Thomas Münzers. „Seine“ Marienkirche, in der er die Geister rüttelte gegen den Ungeist der Gemeinheit, reckt noch immer in der ganzen Herrlichkeit ihrer gottstrebigen Gotik ihr Spitzwerk himmelwärts. Ja, bis nach Zwickau brausten herein die Stürme des Bauernkrieges, und in Zwickau entbrannten die ersten Kämpfe um den deutschen Kapitalismus, nämlich als die Zwickauer Tuchweber Konfurrenz im Orient fanden, mit dem die mächtigen Fugger Geschäfte einleiteten.
Und oft noch machte die Stadt von sich reden: ich habe kein Verkon zur Stelle, beim mehrtägigen Aufenthalt trifft man auch nicht gleich alle Leute, und ein „Romanisches Café“ gibt es nicht in Zwickau, aber außer Thomas Münzer sei gedacht der Reuberin, der famolen Schauspielern, die mit ihrem Trüppchen lange Jahre hier herumzogen, ferner Schumanns, dessen Nachlaß der Zwickauer Magistrat dieser Tage in Interlaken von den Löchern des Komponisten kaufte, des alten Schlobig, der seiner Weisheit nach auch hätte Klöbig heißen können, deswegen aber doch einer der ersten Orthopäden Deutschlands war, des höchst gewichtigen Meisterbergers Samson Körner, des Raters Bestlein, der hier inmitten düsterer Realistik das Licht einer Welt erblickte, die er ganz anders sieht und malt, als dies dem Durchschnittszwickauer gefällt; des Zwickauer-Urtel über einen Bestlein: „Das sieht ich gar nicht, nemah?“ Reuerdings macht auch viel von sich reden der frühere Schiffsarzt Dr. Boeters, der für die zwangsweise Unfruchtbarmachung aller jener Geistesgestörten eintritt, von denen anzunehmen ist, daß ihre Kinder von vornherein erblich belastet sind, der dabei aber für eine gute Idee mit viel fasslichen Mitteln und wissenschaftlich nicht ganz einwandfreien Methoden Propaganda macht.

Und noch einer muß erwähnt werden: Das ist der in Mittelsachsen ziemlich bekannte Kaufmann Simon Schoden; ich weiß nicht, wie er als Kaufmann ist, wie seine Kundschaft von ihm denkt, habe keine Ahnung, wie er als Ehef ist, ob seine Angehörigen ihn mögen, man hört nichts Schlechtes von ihm, aber um einer Sache willen verdient sein Name schon auf alle Fälle genannt zu werden. Schoden ist der Begründer und moralische und materielle Förderer der Siedlungsgenossenschaft Zwickau-Nord, die nach seinen Ideen und Plänen eine Reihe sehr schöner Siedlungstypenhäuser um acht- und einhalbtausend Mark das Stück ihren bisher zum Teil recht schlimm untergebrachten Mitgliedern gebaut hat: ein Häuschen nach dem anderen, im Winter wie im Sommer, ohne Architekten, überhaupt möglichst ohne „Fachleute“, mit denen der praktisch denkende Handelsmann immer einen erbitterten Kampf führen muß, dafür aber unter weitgehender persönlicher Mitarbeit der Hausbewohner, denn das vermindert die Baukosten eben um das Drittel der Bausumme, die nicht „bezuschelt“ wird, unter einer Mitarbeit also, die nicht nur aus idealen, sondern auch aus materiellen Gründen große Freude macht. Wenn der Schoden so über den aufgewählten Lehnboden stapft, voller Stolz mit seinem Spazierstöckchen mal auf diese von ihm erfundene Besonderheit zeigt und mal auf jene, aufpaßt, daß auch die Stuben recht sauber sind und die Defen warm, wenn er sich freut in der Erinnerung an das ihm jüngst geollte Lob des Reichstunwarts — dann gleicht er im ganz kleinen dem Siedlungsbesessenen Industriepolitiker Michael Schellenberg, und Bernhard Kellermann, der ja nun auch unter die Tendenzschriftsteller sozialen Willens gegangen ist, hätte sicher viel Freude an dieser gemäßigten Idealausgabe seiner Phantasiegestalt. Mehr Freude als die Antisemiten, die den Schoden schon hassen, weil er — Jude ist.

Solchen Verbrechen wird einer, wenn er etwas leistet, nur zu gern bezichtigt. Der junge Museumsdirektor Hildebrandt Gurlitt, Cornelius Gurlitts Sohn, ist wirklich weder Jude noch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, was man ihm beides vorwarf, aber daß ihn die Reaktionen nicht leiden mögen, ist schon zu verstehen. Hat er es doch sogar einmal gewagt, den Juden Kron aus Dresden neue Klaviermusik spielen zu lassen, und obendrein noch in einem Hause, das stolz sich „König-Albert-Museum“ nennt, und in dem er überhaupt sehr zeitfrische Vorträge veranstaltet und augenblicklich auch eine Ausstellung „Wohnung und Hausrat“, deren Farb- und Architektur Holberg nach den Grundrissen der Ostwaldben Farben-theorie ordnet. Und auf Gurlitts Ausstellungsprogramm der nächsten Zeit stehen Namen wie Bestlein, Roide, Kollwitz und Barlach. Man stelle sich so etwas in Zwickau vor. . .

„Du wie siehst dich zum Beispiel de Schbarge aus? Diese Expressionisten mißtraue alle zum Teufel schon,“ sagt am Stammtisch der „Bartische“ einer beim Weißbier seinen Meinung zusammen, was auf deutsch heißen soll, daß man die expressionistischen Künstler alle zum Teufel jagen müßte. Aber der schongeitige Stammtischler, der diese Worte sprach, depöbelte in derselben Heftigkeit Hin- und Runz und jedermann.
Ich glaube, diese häßliche Spießbürgererei war symbolisch für das schwer um seine Existenz ringende und obendrein unschöne Zwickau, das doch Hilfe und nicht Bepeinung verdient, symbolisch für unser Ich in Wirtschaftlich zermürbende Deutschland überhaupt: der Kampf geht nicht gegen die Andersdenkenden, sondern gegen die Anderswollenden, er tobt nicht mehr unter ehrlichen Menschen, sondern zwischen Forschrittlern und grundfänglich Reaktionsären, nicht nur zwischen Arbeitern und Kapitalisten, sondern auch zwischen Bürgern und Spießern, zwischen Deutschen und Teufeln.

Und so ist dieses Feuilleton über eine deutsche Kleinstadt ein über Deutschland überhaupt geworden. Der Bergleut kam, als ich die graue Sachsenstadt nächstens verließ, Schwärze bedeckte die Erde, nur Rolllichter wiefen die Wege der Schächte im Revier. Ebenso kalt wie draußen war es im Zuge. Und lange Stunden später erst, als über Zwickau-Deutschland die Sonne aufging, wurde es warm, wurde es angenehm.
Epät also, aber einmal doch. . .

Die Analysen-Quarzlampe.

Unter der Quarzlampe versteht man den elektrischen Lichtbogen zwischen Quecksilber-Elektroden, das in einem Quarzgehäß eingeschlossen ist. Dieser Quecksilberlichtbogen ist vor mehr als 30 Jahren von dem Ende 1919 verstorbenen Physiker Leo A. R. von A. zuerst hergestellt worden und wird nach ihm auch öfter als „Aronslucht“ bezeichnet. Ramentlich in der Medizin hat das Aronslucht in der Form der sog. künstlichen Höhensonne eine weite Verbreitung gefunden; denn das Quecksilberlichtbogen ist überaus reich an ultravioletem Strahlen, die für das Auge unerkennbar sind, sich aber durch chemische Wirkungen, auf denen auch ihre Benützung zu Heilzwecken beruht, offenbaren.
In der jüngsten Zeit hat man noch ein anderes Anwendungsgebiet dieser Strahlen gefunden, sie können zur Entzerrung oder vielmehr Unterscheidung von Stoffen dienen, die im Tageslicht und bei heller künstlicher Beleuchtung vollkommen gleiches Aussehen zeigen; werden sie aber mit ultraviolettem Licht bestrahlt, so bestimmen sie zu fluoreszieren und zwar je nach den Stoffen, aus denen sie bestehen, in ganz verschiedenen Farben. Um diese schönen Erscheinungen sichtbar zu machen, muß man aber das andere Licht ausschalten, weil sonst die helle Beleuchtung die zarten Fluoreszenzfarben überstrahlt, sie also nicht zur Wahrnehmung gelangen.
Es kommt also darauf an, Gläser herzustellen, die die ultravioletten Strahlen durchlassen, das dem Auge sichtbare Licht jedoch zurückhalten. Das ist in der jüngsten Zeit gelungen, und in der Gesellschaft für technische Physik wurden eine Reihe derartiger schwarzer, also für sichtbares Licht undurchlässiger Gläser vorgeführt, die aber, weil die ultravioletten Strahlen des Aronsluchtes ungehindert hindurchgehen, zu reißvollen Fluoreszenzerscheinungen führen. Indem man solche Gläser vor einer Quarzlampe anbringt, kann man diese direkt zur chemischen Analyse benutzen. . .

Sil

zum Bleichen - ohnegleichen!

Das herrlichste **Schneeweiß** erhält jede Wäsche durch Kochen mit Sil. Hervorragendes Fleckenreinigungsmittel. Sil spart Seife und ersetzt jede besondere Bleiche. **Ohne Chlor**

Einfegnungs-Anzüge zu billigen Preisen

- Marengo- und schwarzer Cheviot 21.-
 - Blauer Cheviot sehr haltbare Qualität, ein- und zweireihig . . . 30.-, 27.-, 24.-
 - Blauer tuchartiger glatter Cheviot zweireihige Form 36.-, 33.-
 - Marengo-Cheviot sehr haltbar, ein- und zweireihig 40.-, 33.-
 - Blauer kammgarnartiger Stoff je nach Qualität 45.-, 40.-, 36.-
 - Anzüge aus besseren Stoffen biast und marengo, in sehr guter Verarbeitung, ein- und zweireihig 45.-, 40.-
 - Ersatz für Maß aus außerordentlich haltbarem, wollenem Blauer-Cheviot, ein- und zweireihig 50.-
 - Aus reinwollenen Kammgarnstoffen ein- und zweireihig 60.-, 55.-
 - Smokinganzüge mit Seidenpiegel 75.-
- Prüfungs-Anzüge Größe 38-43**
- aus Homepun-, Gräten- u. anderen Stoffen halb. Quallt. 24.-, 21.-, 18.-, 15.-
 - aus Cheviot mit Nadelstreifen, Gabardine, Radio- u. Fischgrätenstoffen je nach Art und Qualität 36.-, 34.-, 30.-
 - Anzüge aus besseren Stoffen jeglicher Art in sehr guter Verarbeitung 45.-, 40.-
 - Magerjag aus modernen Stoffen in reichhaltiger Auswahl 60.-, 55.-, 50.-
- Kleinere Größen 10% billiger / Hüte, Krawatten, Wäsche in großer Auswahl

Gummimäntel Schlauchström 18.-, Bath 15.-, Koper 12.- | Bindjama a. wasserf. Stoff für Damen 10.-, Herren 7.-, Junglinge 6.75
 Lodenmäntel aus impregn. Strichloben 15.- | Sport-Anzug, 4 teilig Juppe gest. Welt. Wreches u. lanne Hols a. mod. gemult. Stoff 48.-

Baer Sohn U.-G., Berlin

Eigene Kleiderwerke und Gummimantelfabrik | **Chausseestraße 29/30** | Unser Katalog wird auf Wunsch kostenfrei übersandt
 Untergrundbahn: Stettiner Bahnhof

Theater, Lichtspiele usw.

Volkshöhne 8 Uhr: **Sturmflut** Morgen 8 Uhr **Sturmflut**

Staats-Theater Opernhaus 7 U. Boris Godunow Opernhaus am Königsplatz 7 1/2: Der Barbier von Sevilla Schauspielhaus 8 U. Duell am Lido Schiller-Theater 8: Wallenst. Lager Die Piccolomini

Städtische Oper Charlottenburg 8 Uhr: **Die toten Augen** Abonn.-Turnus II

Deutsches Theater 8 Uhr: **Juarez und Maximilian**

Kammerspiele 8 1/2 Uhr: **Die letzte Geliebte**

Die Komödie Karlsruherdamm 285/7 8 Uhr

Gesellschaft 11.15 Uhr: **Nacht vor dem blauen Vogel** alle Plätze 3 und 5 M. Neues Programm!

Rastelli und 10 weitere Varieté-Sensationen

Rose-Theater 8 1/2 Uhr: **Auflauf der Starke**

Residenz-Th. Letzte Vorstellung! 8 Uhr: **Die Durchzüglerin** Donnerstag, 25. 7 1/2, Uraufführung **Poppo** Orat. v. F. Sellen Remer, Usherg. Sals

Thalia-Theater 8 Uhr: **Der alte Dessauer** (Ankündigung des 2. Teils) Carl. Vogemann Wiedner

Theater in der Kommandantenstr. 8 Uhr: **Lene, Lotte, Liese Molly Wessely Josefine Bora Oscar Sabo Georg Kasel**

Theat. d. Westens Tagl. 8 Uhr: **Das Spiel d. die Liebe** Operette von Gilbert 0.30 bis 10 M. Friedenspreise

Großes Schauspielhaus **Für Dich** CHARELL-REVUE TÄGLICH 8 1/2

METROPOL VARIETE **Das Kabarett der Funkfreunde** Eintr. 1, 2 u. 3 M. Philharmonie 8 Uhr **Wagner-Abd.** d. Philharmon. Orch. Dirig: Prof. Pröwer unt. gest. Mitwirk. v. Maria Lorentz-Höllischer

Theater am Kottbuser Tor Kottbuser Str. 6 Tagl. 8 U. - Stg. 8 U. **Sagen Sie alles ab** was Sie im Monat Febr. hindern könnte, die **Elle-sänger** mit ihrem Pracht-Programm zu besuchen! Eintritt 0.30-2.10 M.

Metropol-Theater Tagl. 8 Uhr **No no Nanette** besten Beachtung

Reichshallen-Theater Abends 8 U., Sonntag nachm. 3 U. **Stettiner Sänger** Reg. Der letzte Postillon Fachm. Halle-Prize. Volles Programm **Dönhoff-Brett** 10 Nummern! Tanz und Urfidelitas!

Neue Welt A. Scholz :: Hasenheide 108-114 Mittwoch, den 24. Februar, sowie täglich: **Bockbierfest** in den **Bayern-Alpen** 8 Kapellen / Neue Dekorationen 30 Bayer. Mädl Ausstoß d. berühmten Bergschloß-Jubil.-Bock Heute Spez.: **Bayer. Weißwürstl** Einlaß 6 Uhr Anfang 7 Uhr Voranverkauf: Donnerstag, den 25. Februar: **Großes Schweineschlachten**

Casino-Theater Täglich 8 Uhr **Der große Erfolg Helenes Liebesabenteuer** und das beste Programm **Circus Busch** 7 1/2 Uhr. Dier. Circ. Prog. u. Die Gorillabrant Nur noch kurze Zeit! Wdr. d. Grün- u. Woche Gr. hipp. Wettstreit

Walhalla-Theater Täglich 8 1/2 Uhr **Die Königin der Nacht** mit Paul-Hofmann

Intimes Theater Billowstr. 6 Tagl. 8 Uhr **Ein undankbarer Mensch** von Ernst Bittlinger

Deutsches Kunst-Theater 8 Uhr: **Paganini** Th. a. Karlsruherdamm 8 Uhr: **Die Nacht der Nächte** Th. a. Schiffbauerdamm 8 Uhr: **Der fröhliche Welsberg** Lustspielhaus 8 Uhr: **Dicky** Wallner-Theater 8 Uhr: **Holportage**

Th. a. Hollendorpl. 8 Uhr: **Die offizielle Frau** Operette in 3 Akten Preise 1 M. bis 5 M.

Admiralspalast Täglich 8 1/2 Uhr: **Kaller-Revue** **Achtung! Welle 505** Berlins sehenswerteste Revue

Metropol-Theater Tagl. 8 Uhr **No no Nanette** besten Beachtung

Reichshallen-Theater Abends 8 U., Sonntag nachm. 3 U. **Stettiner Sänger** Reg. Der letzte Postillon Fachm. Halle-Prize. Volles Programm **Dönhoff-Brett** 10 Nummern! Tanz und Urfidelitas!

Neue Welt A. Scholz :: Hasenheide 108-114 Mittwoch, den 24. Februar, sowie täglich: **Bockbierfest** in den **Bayern-Alpen** 8 Kapellen / Neue Dekorationen 30 Bayer. Mädl Ausstoß d. berühmten Bergschloß-Jubil.-Bock Heute Spez.: **Bayer. Weißwürstl** Einlaß 6 Uhr Anfang 7 Uhr Voranverkauf: Donnerstag, den 25. Februar: **Großes Schweineschlachten**

Gewinn-Auszug 5. Klasse 26. Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie Nachdruck verboten

Kauf jede gezogene Nummer und zwei gleich hohe Gewinne gefällig, und zwar je einer auf die zwei gleichen Nummern in den beiden Abteilungen 1 und 2

17. Ziehungstag 22. Februar 1926, nachmittags
 Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

6 Gewinne zu je 5000 RM.	78504	156489	231936						
6 Gewinne zu je 3000 RM.	150877	198327	258063						
14 Gewinne zu je 2000 RM.	34025	98864	225111	242028	248563				
267419	294627								
30 Gewinne zu je 1000 RM.	6398	39084	42571	45263	66884				
78011	105605	112195	173559	188984	199582	221732	263267		
263089	268770								
100 Gewinne zu je 500 RM.	364	12942	18495	45583	56429				
41379	71619	82022	96746	98870	98767	107305	109649	121793	
122988	123152	131473	132983	134073	141094	144438	145036		
146616	152554	152971	154598	156884	157267	157562	173864		
174433	190286	205775	208270	210837	217036	219154	225853		
226071	250313	250809	260768	262296	262512	262692	264539		
284763	286183	288291	290401						
192 Gewinne zu je 300 RM.	8248	6276	7234	9181	12915	23787			
26553	30689	30363	32058	32828	38441	43622	47416	48272	54849
59644	61429	63737	68047	74531	77397	80620	84614	86873	91941
101834	108341	109175	110783	111641	112069	113072	113221		
118412	118044	119024	119884	126085	135634	137739	138219		
138239	144257	144915	148890	151848	153332	153331	156617		
159406	159903	162032	169101	172996	173113	173768	177830		
180066	184163	188141	191438	192765	194577	201052	201436		
203244	208171	209951	211118	217239	217995	218172	226097		
230121	239945	239898	244154	247424	247627	248198	253014		
253753	258829	263426	265824	266544	268745	274579	281289		
282448	288264	286433	288638	299258	299826				

18. Ziehungstag 23. Februar 1926, vormittags
 Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

2 Gewinne zu je 25000 RM.	45684								
6 Gewinne zu je 5000 RM.	46538	157684	164387						
10 Gewinne zu je 3000 RM.	22354	79872	93960	263947	292610				
16 Gewinne zu je 2000 RM.	76474	98209	110168	126808	139331				
208219	218258	299770							
38 Gewinne zu je 1000 RM.	758	12429	31924	79666	86025				
109822	118265	121827	128314	139080	207632	208238	209248		
220311	235699	254304	256724	268208	276379				
84 Gewinne zu je 500 RM.	17937	25962	27697	31857	39497				
41641	60511	69770	82790	101322	139343	142680	147479	152903	
161751	168549	172900	183068	185863	186303	188532	190879		
19140	194328	194729	196917	197944	201992	208263	209957		
216177	218246	220837	221987	222618	234235	242354	250675		
280420	284986	292071	299036						
188 Gewinne zu je 300 RM.	389	2914	9449	10676	18277	18287			
15286	34778	25153	29768	30526	31503	38269	42693	44928	49185
52780	53031	56157	61461	61892	64538	69652	70012	78906	83291
84021	89350	90731	92535	931	95449	97859	101160	101369	
110747	113283	115670	142459	143753	147434	150911	154667		
157619	158936	161610	163340	169054	169631	170701	174201		
174829	177676	179036	182373	182829	185281	187799	188363		
191326	191990	197303	197658	200203	200364	201637	202634		
206374	208851	210084	210571	217159	218831	221639	233236		
235932	236264	239120	242244	243733	244884	245680	246418		
253991	255701	255790	259328	265342	268619	273680	278094		
282711	283230	281297							

Komische 8 1/4 Oper 8 1/4 Von A-Z Kleine Preise 1 bis 5,50 Mk.

MORGEN 7 1/2: EROFFNUNG CIRCUS WILH. HAGENBECK TAGL. TIERSCHAU ab 10 Uhr vormittags HOLZBAU | DAMPFHEIZUNG MULLERSTR., neben Nordpark Vorverkauf: WERTHEIM u. CIRCUS.

WINTER GARTEN Die Zwergenrevue im sensationell. Februar-Spielplan Sonntag 3 1/2, halbe Preise Rauchen gestattet!

Amor und Dolchknobeln Paramount-Film der Ufa a. der Hauptrolle: Richard Dix Premiere: Freitag, 5, 7, 9 Uhr **Ufa-Palast am Zoo**

Am 22. Februar entschlief nach kurzem Krankenlager mein innigstgeliebter Mann, unser guter, treusorgender Vater, Schwiegervater und Großvater, der Expedient **Fritz Zinke** nach kürzlich vollendetem 65. Lebensjahre. In tiefem Schmerz Pauline Zinke, geb. Kasper Hedwig Wolter, geb. Zinke Emil Wolter Fritz Zinke Eise Zinke, geb. Hildinger Berlin SO, Kottbuser Ufer 25a. Die Einäscherung findet statt am Freitag, den 26. Februar, vorm. 11 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg. Beileidsbesuche u. Kranzspenden dankend verboten.

Plötzlich nach plötzlich überhinderter Operation verschied der Ulltererlegen-Turner 16180 **Fritz Kristoph** Wir verleben in ihm einen lieben, eifrigen Zuzugewandten. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. Die Ulltererlegen-Turner Grob-Berlin. Die Einäscherung erfolgt am Donnerstag, den 25. Febr., nachm. 7, 4 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg.

Die Einäscherung unseres am 22. d. M. verstorbenen Genossen **Fritz Zinke** findet am Freitag, den 26. Februar, vorm. 11 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt. Vorwärts Verlag G. m. b. H.

Plötzlich und viel zu früh verschied unser lieber Freund und Strohbruder **Fritz Kristoph** Unvergessen wird er bleiben 16406 seinen Freunden!

So lache Verbindung mit Genossen, der Journalist ist, in Berlin. Wen oder größeren Stadt Preusslands, steine Schrift. Arbeit. Hans Damit, Disage II. 7553 Puffel im 9. I. I.

P. Raddatz & Co. Berlin W 66, Leipzigerstr. 122-123

Berliner Ulk-Trio Neukölln. Lahustr. 74/75 L

Gesunder Schlaf beste Kräftigung für Gesunde wie für Kranke. Bei Nervosität, Schwindelanfällen, Schlaflosigkeit nehmen Sie daher abends vor dem Schlafengehen ein Ahdörgläschen **Baldravin** das ist der geprüfte Name für den echten Apotheker W. Ulrichs Baldrianwein Zu haben: in Apotheken und Drogerien. Hersteller: Otto Stumpf U.-G., Chemnitz.

Der Weg aus der Krise.

Einzelheiten aus der Denkschrift der freien Gewerkschaften.

In der einleitenden Uebersicht schildert die an anderer Stelle bereits erwähnte Denkschrift der freien Gewerkschaften über die Gegenwartsaufgaben der deutschen Wirtschaftspolitik die Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in Uebereinstimmung mit den Gedankengängen, die auch an dieser Stelle wiederholt zum Ausdruck gekommen sind. Dann heißt es zur Würdigung der gegenwärtigen Lage:

Bei aller Würdigung der Kriegsverluste und der Schäden der Nachkriegszeit, die weit mehr in einer sozialen Umgestaltung als in einer Verarmung der Gesamtwirtschaft ihren Ausdruck fanden, halten wir es deshalb für eine ungerechtfertigte und für die Betrachtung der Probleme nebensächliche Uebertreibung, wenn die Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie von einer „Zerstörung der Grundlagen unserer Wirtschaft“ spricht. Nicht eine Zerstörung der Grundlagen, d. h. der produktiven Kräfte, offenbar die gegenwärtige Krise, sondern nur eine ernste Störung des Produktionsprozesses, die aussieht von Störungen in der Zirkulation, hervorgerufen durch den Mangel an Kaufkraft der großen Masse der Bevölkerung, von einer falschen Verwendung des Sozialproduktes. Während zehn Jahren sind infolge der ungelunden Verteilung des Sozialproduktes große Gütermengen von Unternehmern ungenutzt inoffensiviert worden; dies Kapital ist heute teilweise als verloren zu betrachten, und es ist ein Mißverhältnis zwischen Produktionskapazität und Absatzmöglichkeit, das heißt Kaufkraft, entstanden, wie es jede Krise in der kapitalistischen Wirtschaft kennzeichnet.

Der Weg zur Überwindung dieses Mißverhältnisses und der aus ihm folgenden Abstoßungen führt in erster Linie über eine Neugestaltung der Preispolitik.

Zu den Besonderheiten des Ablaufes der gegenwärtigen Krise gehört, daß sich die Warenbesitzer mit großer Hartnäckigkeit dagegen wehren, durch Preisentzungen die Voraussetzung für den Abzug größerer Warenmengen zu schaffen. Selbstverständlich ist eine rationellere Preisgestaltung nur bei gleichzeitiger Anpassung der Produktionskosten an dasjenige Preisniveau möglich. Diese Herabdrückung der Produktionskosten führt aber nur dann zu einer Befriedung des Verhältnisses zwischen Produktions- und Kaufkraft, wenn sie nicht durch Lohndruck oder Befreiung von sogenannten Soziallasten, sondern durch Rationalisierung des Produktions- und Verteilungsprozesses geschieht. Die heute auf vielen Gebieten versuchte Exporterweiterung durch Senkung der Ausführpreise bei gleichzeitiger Hochhaltung der Inlandspreise kann, abgesehen davon, daß sie auf eine Befriedung der Masse der deutschen Konsumenten hinzielt, auch deshalb nicht zur Befriedung führen, weil auf die Dauer die Produktionskostenminderung abhängig ist von der Größe des Produktionsumfangs und weil auf den meisten Gebieten für den Produktionsumfang der innere Absatzmarkt von weit größerer Bedeutung ist als der Exportanteil.

Der Ausweg aus der Krise.

Aus dieser Betrachtung der Gesamtlage ergibt sich nun, daß wir in dem Ziel einer Verbesserung und Verbilligung des Produktionsprozesses als Mittel zur Krisenüberwindung mit dem Reichsoctand der deutschen Industrie übereinstimmen; aber wir müssen vor allen Dingen betonen, daß die Steigerung des Wohlstandes der Massen, die der

Sinn der wirtschaftlichen Entwicklung

ist, aus dieser Verbesserung des Produktionsprozesses folgen muß. Darum fordern wir die Steigerung des Reallohnes der deutschen Arbeitnehmer, die zu einer Erweiterung des Absatzmarktes und damit wieder zu einer Erhöhung des Beschäftigungsgrades führen wird. Die Rationalisierung wird aller Wahrscheinlichkeit nach — in einigen Wirtschaftszweigen zur Freisetzung von Arbeitskräften führen. In einer Wirtschaft, in der es, wie in der kapitalistischen, an einer planmäßigen Verteilung der Arbeitskräfte fehlt, ist die starke Ausdehnung der Abzug- und Erzeugungsmöglichkeiten auf Grund erhöhten Realeinkommens und verbilligter Produktion das wesentliche Mittel, die durch Rationalisierung freigesetzten Arbeitskräfte wieder produktiven Aufgaben zuzuführen. Wir fordern deshalb neben einer ausreichenden Arbeitslosenversicherung und Kostensenkungsmaßnahmen als wichtigste Aufgaben der deutschen Wirtschaftspolitik, den Rationalisierungsprozess zu fördern, die Arbeitseinkommen zu steigern und die Preise zu senken. Auf dieses Ziel müssen entscheidend die einzelnen Vorschläge zur deutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik der Gegenwart gerichtet sein.

Aus unserer Betrachtung der Krise und ihrer Ursachen ergibt sich, daß eine Fülle falscher Entwicklungen zu forrieren ist. Die Uebersehung großer Zweige von Handel und Industrie infolge der Inflationskonjunktur muß verhindert werden, die falschen investierten Kapitalien müssen als Verluste abgeschrieben werden, die Preispolitik muß grundföhrlich geändert werden, unvornehmliche Einrichtungen, die sich in den Leitungen der Unternehmungen seit der Inflationszeit eingestellt und die Generalunkosten an vielen Stellen auf das Vielfache gegenüber der Vorkriegszeit gesteigert haben, wie die große Zahl leitender Angestellten und die übermäßigen Lohntienmen der Aufsichtsräte in den Gesellschaftsunternehmungen, müssen abgebaut werden.

Das deutsche Volkseinkommen.

Von Wichtigkeit sind die dann folgenden Darlegungen über die Gestaltung des Volkseinkommens:

In der Reichsoverbandsdenkschrift wird ein Volkseinkommen von 43 bis 48 Milliarden Mark angenommen gegenüber einem Volkseinkommen in der Vorkriegszeit von 42 bis 43 Milliarden Mark.

Demgegenüber stellen wir eine Schätzung auf folgender Grundlage auf:

Die Annahme des Reichsoverbandes hinsichtlich des Einkommens der Lohn- und Gehaltsempfänger dürfte zutreffend sein, da ja in

diesem Posten auch das Einkommen aller Angestellten und Beamten einschließlich der höchstbezahlten Gruppen enthalten ist.

Dagegen ist die Annahme des Reichsoverbandes für das Einkommen der Selbständigen völlig willkürlich. Allein das Einkommen der selbständigen Landwirte und ihrer Familienangehörigen schätzen wir auf etwa 6 bis 7 Milliarden. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß auch die Betriebe unter 2 Hektar, die gewöhnlich als Nebenbetriebe von Angehörigen anderer Erwerbszweige angesehen werden, ihren Besitzern ein Einkommen geben. In unserer Berechnung haben wir pro Hektar Nettoerträge, d. h. Kohlerträge unter Abzug der von außerhalb des Betriebes bezogenen sachlichen Produktionsmittel und der Landarbeiterlöhne, angenommen, die zwischen 300 und 100 M. pro Hektar liegen, und zwar mit der Größe der Betriebe abnehmend.

Für die selbständigen Gewerbetreibenden gehen wir aus von der neuen Betriebszählung vom 16. Juni 1925, nach der es in Deutschland über 3 Millionen Gewerbebetriebe gibt. Bei den Steuerpflichtigen, die Einkommen aus Gewerbebetrieb beziehen, entfiel auf einen Steuerpflichtigen nach der amtlichen Statistik des Reichsfinanzministeriums im Jahre 1921 ein Durchschnittseinkommen von 2342 Goldmark, im Jahre 1922 von 3192 Goldmark. Wir nehmen an, daß dieses Durchschnittseinkommen in den Jahren der Stabilisierung eine Steigerung erfahren hat und auch in der Gegenwart mindestens zwischen 3500 und 4000 Mark liegt. So gelangen wir zu unserer Schätzung von 10 bis 12 Milliarden.

Hinsichtlich des Einkommens der freien Berufe verweisen wir darauf, daß im Jahre 1922 von 1000 M. veranlagtem Einkommen 100 M. auf Arbeitslohn und 15 M. auf „sonstige Arbeitseinkommen“ entfielen. Unter solchen sonstigen Arbeitseinkommen dürfte vornehmlich das Einkommen der sogenannten freien Berufe zu verstehen sein. Unsere Schätzung des Einkommens der freien Berufe auf 1 bis 2 Milliarden nimmt also an, daß sich dies Verhältnis außerordentlich stark zugunsten der freien Berufe verschoben hat, und dürfte eher hinter der Wirklichkeit zurückbleiben.

Das Einkommen der Körperschaftsteuerpflichtigen inländischen Erwerbsgesellschaften betrug im Jahre 1922 nach der amtlichen Schätzung des Reichsfinanzministeriums zwischen 2633 und 3178 Millionen Goldmark. Unsere Schätzung dieses Einkommens nimmt also keine höhere Ziffer an, als die amtliche Statistik für das Jahr 1922 annahm. Auch sie dürfte also hinter der Wirklichkeit noch zurückbleiben.

Wir erhalten dementsprechend einen Gesamtbetrag des deutschen Volkseinkommens wie folgt:

	Milliarden Goldmark
1. Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger	33-38
2. Landwirtschaftliches Einkommen, ausschließlich Landarbeiter	6-7
3. Selbständige in Handel und Gewerbe	10-12
4. Freie Berufe	1-2
5. Einkommen der Körperschaftsteuerpflichtigen inländischen Erwerbsgesellschaften	2-3
	52-60

Mangels einer auch nur einigermaßen umfassenden Produktionsstatistik wird man sich schwer mit solchen Schätzungen begnügen müssen. Wir möchten jedoch betonen, daß unsere Schätzung des Volkseinkommens durch das Urteil der Reichskreditgesellschaft über den Produktionsumfang der deutschen Wirtschaft eine Bestätigung findet.

Forderungen zur Finanzwirtschaft.

Die Forderungen, die die freien Gewerkschaften zu der Finanzwirtschaft erheben, lauten im einzelnen:

Die Ausgabenverteilung der öffentlichen Körperschaften greift so tief in alle Gestaltungen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens ein, daß es nicht anständig ist, mit der Forderung nach schmerzlicher Sparsamkeit alle notwendigen Ausgaben abzukürzen. Wir halten insbesondere für notwendig:

Eine ausreichende Befoldung der Beamten.
Eine angemessene Versorgung der Kriegssopfer, die zurzeit noch fehlt.

Die Aufrechterhaltung und den Ausbau aller öffentlichen Einrichtungen der sozialen Fürsorge.

Die Aufrechterhaltung und den Ausbau des Schulwesens unter Beibehaltung der Unzugänglichkeit der höheren Schulen für die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung. Wir halten Ersparnisse insbesondere für möglich:

Durch Vereinfachung der Verwaltung in Richtung auf den Einheitsstaat.

Durch Befreiung der Länder von den ungerechtfertigten Abfindungen an Fürsten und Fürstfamilien.

Durch Ersparnisse am Beamtenapparat der Heeres- und Marineverwaltung, Streichung des Neubaus von Kriegsschiffen wie überhaupt durch äußerste Einschränkung im Etat des Reichswehrministeriums.

Wir fordern auf steuerlichem Gebiet unter Hinweis auf unsere früheren Vorschläge in der Schrift „Gegen das Steuerrecht“ in erster Linie:

Offenlegung der Steuerlisten.
Abbau der Umsatzsteuer.

Reform des Einkommensteuertarifs zur Entlastung der untersten Stufen und schärfere steuerliche Erfassung der höheren Einkommen.

Verwendung der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau.

Zur Tarifgestaltung der Eisenbahn und Post lassen die Gewerkschaften ihre Forderungen dahin zusammen, daß sie sich den Erfordernissen rationaler Preisgestaltung anpassen müssen, und daß die Verkehrsverwaltungen in ihrer Politik den Grundgedanken verwirklichen sollen, Diener der Gesamtwirtschaft zu sein.

Die wirtschaftliche Notwendigkeit der Sozialpolitik.

In ganz entschiedener Weise wendet sich die Denkschrift gegen die Auffassung, daß die sozialen Abgaben überflüssig seien. Sie fordert die Schaffung der Sozialversicherung. Die Sozialversicherung ist eine Selbsthilfe der Wirtschaft, die den Schutz der lebendigen Arbeitskraft unter Entlastung des einzelnen Unternehmers und nicht zuletzt auch der öffentlichen Mittel wohlfeiler, zweckmäßiger und durchgreifender durchführt.

Zusammenfassend lauten die Forderungen zu diesem Abschnitt: Die sogenannten sozialen Abgaben dienen dem Schutze der menschlichen Arbeitskraft. Wir lehnen jeden Rückschritt der Leistungen auf diesem Gebiet ab.

Wir fordern die Ausgestaltung der Leistungen der bestehenden Sozialversicherungen und vor allen Dingen schnellste Durchführung einer ausreichenden Arbeitslosenversicherung.

Bankwesen und Handelspolitik.

Einer scharfen Kritik unterzieht die Denkschrift die heutigen Verhältnisse im Bank- und Kreditwesen. Als besonderes Ziel stellt sie es hin, daß die Bankpolitik zu einer planmäßigen Kreditwirtschaft gelangt, zu der insbesondere die öffentlichen Bankinstitute heranzuziehen sind. Aus diesem Grunde wird der von der Industrie geforderte Abbau der öffentlichen Bankinstitute abgelehnt. Zusammenfassend stellt die Denkschrift hierzu fest:

Die Kreditwirtschaft ist planmäßig, nach volkswirtschaftlicher Zweckmäßigkeit zu betreiben. Die Reichsbank und die öffentlichen Banken müssen durch Beeinflussung der Privatbanken den Abbau der Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen und eine planvolle Kreditverteilung anstreben, bei der die volkswirtschaftliche Rücksicht in der Lenkung des Kapitalstromes mehr berücksichtigt wird als bisher.

Die Forderungen der Gewerkschaften zur Handelspolitik stellen ein klares Bekenntnis zum Freihandel dar:

Die deutsche Handelspolitik muß den Abbau der deutschen wie der internationalen Zollmauern mit dem Ziel zum Freihandel verfolgen.

In erster Linie sind Zölle auf Rohstoffe der industriellen Produktion und auf unentbehrliche Lebensmittel zu beseitigen.

Die künftigen Handelsvertragsverhandlungen sind von diesen Gesichtspunkten aus zu führen, und der Abschluß von Handelsverträgen ist in diesem Sinne zu fördern.

Rationalisierung der Wirtschaft.

Burde schon in der Einleitung die Notwendigkeit einer Rationalisierung der Wirtschaft nachdrücklich betont, so bringt die Denkschrift im einzelnen die Begründung dafür. Zweck der Rationalisierung muß die Erweiterung der Lebenshaltungsmöglichkeiten für die Gesamtheit des Volkes sein; sie kann nur erreicht werden durch eine Steigerung des Reallohnes. Hierzu werden folgende Thesen aufgestellt:

Die Rationalisierung ist notwendig. Sie ist nicht nur eine Betriebs-, sondern auch eine Gewerbeaufgabe. Ihr Ziel muß Verbilligung der Produktionskosten und Preise bei gleichzeitiger Erhöhung der Löhne sein. Nur auf dem Wege über diese Steigerung der Massenkaufkraft können die arbeitslosen Arbeitnehmer von neuem Beschäftigung finden. Die gegenwärtig oft geübte Methode, die Rationalisierung ohne gleichzeitige Preisverbilligung und Lohnerhöhung durchzuführen, muß die Krise der Ueberproduktion erzeugen.

Die Durchführung der Rationalisierung muß unter Mitwirkung der Betriebs- und Wirtschaftsräte und unter Beiratsung sozialer Kräfte geschehen.

Die Ausbildung der Arbeitskräfte ist zu fördern. Die Auslese der leitenden Kräfte ist von unzulässigen Einflüssen zu befreien.

Im Zusammenhang damit stehen auch die Forderungen, die die Gewerkschaften gegen eine falsche Kartellpolitik richten:

Wir fordern, daß die Preispolitik der Kartelle nicht unter der urreisenden Uebergröße der Ordnung des Marktes und der Erzielung stetiger Preise, in der Praxis ausgerichtet wird auf eine ungesunde Hochhaltung der Preise und auf ihre Bemessung nach den Produktionskosten leistungsschwacher Betriebe.

Wir fordern zur Sicherung einer gesunden Kartellpolitik eine Reform des Kartellrechtes, die im besonderen einen Ausbau der staatlichen Kartellaufsicht enthält. Die Kartellaufsicht ist in die Hand eines besonderen, zur Ueberwachung und Berichterstattung verpflichteten Kartellaufsichtsamts zu legen.

Zur Güterverteilung fordern die Gewerkschaften:

Keine Hemmungen des notwendigen Bereinigungsprozesses im Großhandel und Kleinhandel.

Förderung der Genossenschaften als der rationalsten Instrumente der Güterverteilung.

Aktive Handelsbilanz im Januar.

Die Bilanz des deutschen Außenhandels ist auch im Januar, wie im Vormonat, aktiv. Der Ausfuhrüberschuß im Januar beträgt insgesamt 68 Millionen Mark im reinen Warenverkehr 87 Millionen Mark (gegen 86 Millionen Mark im Vormonat). Es betrug die

	Einfuhr		Ausfuhr	
	an. 26	Dez. 25	Jan. 26	Dez. 25
	in Millionen Mark			
Lebende Tiere	5,0	5,6	1,0	0,9
Lebensmittel und Getränke	224,4	243,7	68,2	65,8
Rohstoffe u. halbfert. Waren	878,2	405,2	159,2	162,8
Fertige Waren	99,7	108,1	563,2	363,4
Reiner Warenverkehr	707,8	762,6	791,6	793,9
Gold und Silber	26,1	7,1	6,8	4,4
Zusammen	733,4	769,7	801,4	798,3

Die reine Wareneinfuhr im Januar zeigt gegenüber dem Vormonat eine Verminderung um 50 Millionen Mark; zurückgegangen sind: die Lebensmitteleinfuhr um 19, die Rohstoffeinfuhr um 27 und die Fertigwareneinfuhr um 3 Millionen Mark. Bei der Ausfuhr sind nur unwesentliche Veränderungen festzustellen. Die Ausfuhr an Fertigwaren liegt im Januar um ein geringes (3 Millionen Mark) über der Ausfuhr im Dezember.

Fritzi Massary

39

Die UNVERGLEICHICHE

besser denn je!

URTEILEN SIE SELBST!

